

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## An die Gewerkschaftsmitglieder! Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschlands, um die Deutsche Republik und ihre Verfassung. Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haßbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre

**unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft**

zu gründen. Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das heutige System richtet sich gegen die Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch zu einheitlicher Abwehr. Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird?

Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sein?

Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenlose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten?

Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten?

Ihr wollt das nicht! Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrbar politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

**Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem seitherigen Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.**

**Der Vorstand des ADGB**

## Außerordentlicher Kongreß

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 1/2 Uhr.

TAGESORDNUNG:

### Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Vorstandsvorständen überlassen.

**DER BUNDESVORSTAND: Leipart**

### Zum außerordentlichen Gewerkschaftskongreß

## Der Schrei nach Arbeit

Unablässig haben die freien Gewerkschaften nach aktiver Wirtschaftspolitik gerufen. Tausendfach haben sie gefordert, Arbeit zu beschaffen. Sie haben das getan, um den Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten und um die Arbeitslosigkeit nicht noch schlimmer werden zu lassen. Aber die Rufe der Gewerkschaften sind ganz wirkungslos verhallt.

Die Regierung, die nach Lage der Dinge in allererster Linie berufen und verpflichtet ist, aktive Wirtschaftspolitik zu treiben, ist untätig geblieben. Untätig geblieben? Nicht doch! Die Regierung ist im Gegenteil äußerst tätig gewesen, vor allem dort, wo um der Wirtschaft halber Untätigkeit paßlicher gewesen wäre.

Die Regierung hat eine Notverordnung nach der anderen erlassen. Sie hat durch Schiedsspruch und Verordnung einen Lohnabbau nach dem anderen diktiert. Sie hat eine neue Steuer nach der anderen ausgeschrieben. Sie hat ein bankrottetes Unternehmen nach dem anderen mit Steuergroschen gestützt. Sie hat durch eine sozialpolitische Verschlechterung nach der anderen die öffentlichen Kassen vollhalten wollen. Das kann man zwar allerhand nennen, ist aber in Wirklichkeit viel schlimmer als nichts gegen die Hauptursache aller Nöte, gegen die

Arbeitslosigkeit. Wer noch je daran zweifeln sollte, der höre:

Im Juni 1931, als die Zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland 4,1 Millionen; im Oktober, als die Dritte Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,7 Millionen; im Dezember, als die Vierte Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 5,3 Millionen. Seitdem diese Notverordnung, die allerletzte, zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen in Kraft ist, sind die Arbeitslosen auf fast 7 Millionen gestiegen.

Wir haben noch keinen Menschen entdeckt, der nun der Meinung wäre, daß es mit dieser Art von Sicherung von Wirtschaft und Finanz endlich sein Ende hätte. Vielmehr ist man ganz allgemein der Auffassung, daß man keinen Tag und keine Nacht vor einer neuen Notverordnung sicher ist. Nur darüber gehen die Meinungen noch etwas auseinander, welches Sondergebiet zunächst von dieser unvergleichlichen Art wirtschaftspolitischer Staatskunst heimgesucht werden wird. Die Wendungen der Unternehmerpresse wie des Preiskommissars lassen zwar jetzt schon ziemlich Schlüsse zu, welches Gebiet

diese Staatskunst nächstens abrasieren wird, aber es hat wenig Zweck, dabei zu verweilen, weil es ja im Grunde gleichgültig ist angesichts der einen Gewißheit: es wird wie bisher versucht werden, Wirtschaft und Finanz dadurch zu sichern, daß man das Einkommen der arbeitenden Massen von der Lohn- und Konsumseite her noch mehr verringert und die Brotkrumen der Erwerbslosen und Sozialrentner durch „Reformen“ noch ärger beschneidet.

Wieder steht eine erhebliche Anzahl von Unternehmen vor der Pleite. Vor dem Finanzministerium reihen sich immer mehr Bankiers, Großreeder, Industrielle, Agrarier und Gemeindegeldkassierer an, die Geldhilfe heischen. Meistens Leute, die nicht genug über den Fürsorgestaat schreien können. Und die fordern Fürsorge von dem Staat, ohne jemals, wie die Arbeitslosen und Sozialrentner, einen Pfennig dafür entrichtet zu haben. Jeder einzelne dieser Fürsorglinge verlangt auf einen Anheb mehr an staatlicher Unterstützung, als zehntausend Arbeitslose und Sozialrentner in einem ganzen Jahre bekommen. Und bei diesen unbescheidenen Fürsorglingen wird nicht einmal eine Bedürftigkeitsprüfung vorgenommen. Allein, das nur nebenher.

Die rasch zunehmende Zahl von Pleiten ist der Tatbeweis dafür, was in allen ernstesten Zeitschriften über Stand und Gang der Wirtschaft geschrieben steht. Ob man den Bericht der Reichskreditanstalt oder die Veröffentlichungen des Konjunkturinstituts zu Rate zieht, allerwärts wird ein weiterer Niedergang der geschäftlichen Tätigkeit in Aussicht gestellt.

Wäre es anders, es müßte ein helles Wunder genannt werden. Zur Unterbindung der Wirtschaftskrise ist ja bislang auch noch nichts Vernünftiges getan worden. Die dazu in erster Linie Berufenen haben ihren ganzen Witz und ihre Geschäftigkeit bloß darauf verwandt, die Quellen zu drosseln, aus denen der Wirtschaft Kraft und Leben kommen kann. Dies ist dermaßen gründlich besorgt worden, daß die Wirtschaft in kurzer Zeit so tief in den Sumpf geraten ist, daß selbst die Hoffungsfreudigsten nicht mehr an ihre Genesung glauben. Es ist darum allerhöchste Zeit, nun Vernunft und Tatkraft darauf zu richten, die Lebensquellen der Wirtschaft wieder in Fluß zu bringen. Daß hierfür von den amtlichen und den selbstgetauften genialen Wirtschaftsführern etwas zu erwarten wäre, verbietet alle Erfahrung anzunehmen. Der Antrieb muß von der großen Leidtragenden der Krise, von der Arbeiterschaft, und von ihrer Vertretung, den Gewerkschaften kommen.

Die freien Gewerkschaften dürfen nicht und wollen nicht der völligen Ruinierung der Wirtschaft ohne tatkräftige Gegenwehr zuschauen. Die millionenköpfige Arbeiterschaft will und darf nicht noch weiter auf den Weg nach Golgatha getrieben werden, bloß um die Herren der Mißwirtschaft in ihrem Wahnwitz nicht zu stören. Die Arbeiterschaft schreit nach nützlicher Beschäftigung und nach Brot. Dieser Schrei muß nun endlich erhört werden. Welche Maßnahmen dadurch immer erforderlich sein mögen — und es werden tiefgreifende und keineswegs einfache sein —, sie müssen ergriffen werden. Das ist, man braucht es hier gar nicht zu betonen, für die freien Gewerkschaften eine Selbstverständlichkeit.

Aus dem freigewerkschaftlichen Kreise werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Sie laufen darauf hinaus, zunächst einmal von der wirtschaftlichen Erstarrung loszukommen. Dies kann nur durch Beschaffung von Arbeit mit finanzieller Hilfe der öffentlichen Hand geschehen. Und es spielt dabei keine Rolle, ob anfangs nur ein paar hunderttausend, oder eine halbe oder eine ganze Million Erwerbslose wieder beschäftigt werden können. Hauptsache ist, daß der schreckliche Kreislauf in den Sumpf einmal unterbrochen und dann in entgegengesetzter Richtung weitergetrieben wird.

Im Vordergrund steht der Vorschlag der Genossen Tarnow-Woytinsky, wovon in dem Bericht der letzten Ausschusssitzung des ADGB (Nr. 9 der MZ) wesentliches gesagt wurde. In andern Entwürfen mögen ebenfalls Vorschläge enthalten sein, die ernstlich geprüft und beherzigt zu werden verdienen.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß, der auf den 23. März nach Berlin einberufen ist, wird die Vorschläge erörtern und praktische Maßnahmen für die Arbeitsbeschaffung aufstellen. Das ist indessen nur die eine Seite seiner Aufgabe. Die andre wird sein, die Kräfte aufzurufen und zu stärken für die Durchsetzung der Maßnahmen. Letzteres wird die schwierigste Aufgabe sein.

Dessenungeachtet muß das Werk der Arbeitsbeschaffung versucht, begonnen und vollbracht werden. Die freien Gewerkschaften sind dabei. Die ganze Arbeiterschaft sicherlich auch.

### Aus dem Inhalt

	Seite
An die Gewerkschaftsmitglieder! — Außerordentlicher Kongreß — Der Schrei nach Arbeit	55
Der Lohnraub an den Hüttenarbeitern — Hitlers Kampf um die Betriebe — Verstaatlichung der Montanindustrie	56
Von der Eifersucht — Die Ernährung des Säuglings	57
Müssen die Beiträge herabgesetzt werden? — Jubilareiern	58
Reise in die Krise	59
In Traverspiel in der polnischen Schwermetall-Industrie — Organisierte Inflation in USA — Preissteigerung in Moskau	60

# Verstaatlichung der Montanindustrie

Bei Abschluß dieser Nummer erhalten wir die Mitteilung, daß die Sozialdemokratische Fraktion im Reichstag neben andern wichtigen Gesetzentwürfen auch einen über die Verstaatlichung der Montanindustrie eingebracht hat. Nach diesem Entwurf soll nicht nur der Bergbau, sondern auch die Schwerindustrie verstaatlicht werden. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

### I.

Die im Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues einschließlich der Nebenbetriebe sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

### II.

Die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Großeisenindustrie sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke sind gegen Entschädigung in Reichseigentum zu überführen.

### III.

Für die Entschädigung sollen folgende Richtlinien gelten: Die Entschädigung erfolgt auf der Grundlage der gegenwärtigen Ertragswerte der vom Reich übernommenen Gesamtanlagen einer Unternehmung, jedoch mit der Maßgabe, daß nur für den Teil der übernommenen Anlagen, der im Durchschnitt der Kalenderjahre 1929-1931 effektiv ausgenutzt wurde, Entschädigungsanspruch besteht.

Rückständige Steuerbeträge, Forderungen und bereits gewährte Zuschüsse der öffentlichen Hand werden aufgerechnet.

Die Abgeltung für das auf dieser Grundlage ermittelte Nettovermögen erfolgt in Form einer befristeten Rente im Normalmaß von 5 vH.

### IV.

Die in Reichseigentum überführten Betriebe sind nach Industriezweigen in regionale Betriebsgesellschaften und zentrale Dachgesellschaften zusammenzufassen, an deren Aufsichtsorganen Vertreter des Reichstags sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen zu beteiligen sind.

Die Entschädigung an die bisherigen Eigentümer soll also nur den tatsächlichen gegenwärtigen Wert berücksichtigen, und es ist bekannt, daß gerade in der Schwerindustrie bei vielen Unternehmungen ein großer Teil des Aktienkapitals als verloren anzusehen ist. Die Entschädigung soll nicht in bar, sondern durch Gewährung einer fünfprozentigen Rente erfolgen. Steuer-schulden und bisher gewährte staatliche Subventionen sollen angerechnet werden.

Wir kommen auf diesen Antrag der Verstaatlichung, der längst geboten war, nächstens noch ausführlich zurück.

## 10 vH Lohnabbau — 4,5 vH Preissenkung!

Nunmehr ist eine Übersicht über die Senkung von Preisen und Löhnen durch die Notverordnung möglich. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Lohnsenkung vom 1. Dezember 1931 bis Anfang Januar 1932 für Facharbeiter 9,1 vH, für Angelernte 10,2, Hilfsarbeiter 9,3, weibliche Facharbeiter 11,4 und für Hilfsarbeiterinnen 11,3 vH. Die Lohnsätze lagen nicht durchweg auf den Sätzen von 1927. Meistens lagen sie höher, in einzelnen Fällen niedriger. Im Durchschnitt aller erfaßten Gewerbe stellen sich die Tarifsätze vom 1. Januar 1932 für Facharbeiter um 2,7 vH, für Hilfsarbeiter um 3,1 vH höher als die für den 10. Januar 1927 ermittelten. Soweit die Löhne.

Nach dem Versprechen der Regierung sollte eine Senkung der Preise mindestens in dem gleichen Maße eintreten. Die Lebenshaltungskosten können hier als Spiegelbild der Preisentwicklung gelten. Die Lebenshaltungskosten weisen im Durchschnitt des Monats Januar mit 124,5 einen um 4,5 niedrigeren Stand als im Durchschnitt des Dezember 1931 auf. Nimmt man die Senkung der Löhne um rund 10 vH an, so ist die Lohnsenkung in dem doppelten Ausmaß gegenüber der Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Das ist das Fazit der großen Absenkung der Löhne und Preise. Der Lebensstand der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde dadurch wesentlich verschlechtert.

Daß die Preise seit der oben angezogenen Berechnung weiter im nennenswerten Maße nachgegeben haben sollen, wagen wir zu bezweifeln. In der Zeit vom 3. bis 10. Februar hat der Großhandelsindex sogar eine Steigerung um 0,3 vH erfahren. Gestiegen sind alle Sorten Nahrungsmittel, insbesondere Vieh und Vieherzeugnisse. Namentlich ist die Butter infolge der Zollmaßnahmen in spürbarer Weise in die Höhe gegangen. Die schicksalhafte Verbundenheit von Preisen und Löhnen nach den Worten des Reichskanzlers zeigt sich in einem eigentümlichen Licht.

## Die sittlichen Erneuerer

Wie jedermann weiß, wollen die Nationalsozialisten, wenn sie an die Macht kommen, die Welt, den Staat und alles, was darin kreucht und flucht, sittlich erneuern. Daß in der Zeit, wo die Nährväter des Nationalsozialismus mehr denn je herrschen, vieles zu säubern ist, meinen auch wir. Und zu der Meinung kommen wir immer mehr, je näher wir die selbstgetauften sittlichen Erneuerer betrachten.

Wurde da, wie die Frankfurter Zeitung am 21. Februar schreibt, am Freitag im Hessischen Landtag eine Anfrage eingebracht, die davon ausgeht, daß drei Mitglieder der Nationalsozialistischen Landtagsfraktion mit Gefängnis vorbestraft seien: nicht etwa wegen politischer Delikte, sondern wegen qualifizierten Diebstahls, Beihilfe zum Betrug und Sittlichkeitsverbrechen. Über einen stellv. SA-Führer Feldmann in Mainz (Starna 33) wurde berichtet, daß er während des Krieges in der Fremdenlegation gedient und gegen Deutschland gekämpft habe. Von 1923 bis 1930 habe er im Dienst der französischen Besatzungsbehörde gestanden, und am 22. Mai 1931 sei er in Leipzig wegen Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden. Gleichzeitig hat in Hessen einer der Haupttreiber der Hitlerbewegung wegen Unterschlagung ausgetrieben werden müssen, und in Kassel wurde ein Führer der Hitlerjugend wegen Verführung der ihm anvertrauten Knaben ins Gefängnis geschickt. Beide haben inzwischen, wie das Frankfurter Blatt weiter schreibt, den Weg zum Kommunismus gefunden!

Das ist indessen nur ein winziger Ausschnitt aus dem Charakterbild der sittlichen Erneuerer. Wenn man alle Fälle faschistischer Verwahrlosung und Brutalität sammelt, gebe es ein dickes Buch von Abscheulichkeiten. Welche Sorte von Menschen die faschistische Bewegung hiegt, ist natürlich ihren hohen Gönnern wohlbekannt. Deswegenachtet, nein, deswegen werden die Schwerindustriellen, Grundbesitzer und Blaublütigen dem Nationalsozialismus dicke Goldstücke zu. Sie brauchen diesen menschlichen Abfall gegen die ehrlichen Arbeiter und ihre Organisation. Zu solcher Schmierigkeit sind eben Menschen von dem Schlage nötig, der in der Notiz der Frankfurter Zeitung gekennzeichnet ist.

# Der Lohnraub an den Hüttenarbeitern

Sie werden jetzt schlechter bezahlt als die Arbeitslosen

Für die Arbeiterschaft der Nordwestgruppe der Schwerindustrie zeigte sich in diesen Tagen beim Empfang ihrer Lohnkästen die fürchterliche Wirkung der letzten Lohnabbauwelle, die der Schlichter Brahn durch Schiedsspruch den darbenenden Hüttenleuten ab 1. Januar 1932 auferlegt hat. Es ist der dritte Lohnabzug, der innerhalb kurzer Zeit durch verbindlich erklärte Schiedssprüche durchgeführt wurde. Beim letzten Schiedsspruch ging der Schlichter Brahn gewissermaßen aufs Ganze. Er baute nicht etwa 10 vH ab, wie die Notverordnung vorsah, sondern ging weit darüber hinaus. An den Hüttenleuten ist damit innerhalb kurzer Zeit ein Lohnabbau von 25 bis 30 vH und mehr verübt worden. Und das in einem Industriezweig, wo die tariflichen Löhne mit an tiefster Stelle lagen. Diese Lohnquetscherei wurde zudem in einer Zeit durchgeführt, wo die Hüttenleute durch die vielen Feierschichten an sich schon mit wahren Hungerlöhnen nach Hause gehen. Der Lohnabzug wurde ausgerechnet weiter durchgeführt in einer Zeit, wo die Bürgersteuer steigt, wo es keiner Körperschaft entfällt, die Gas- oder Strompreise entsprechend herabzusetzen und die Kohlenpreise weit über dem Vorkriegsstand liegen.

Wo bleiben die Weissagungen der Schwerindustrie, daß wenn der Lohn um 20 vH abgebaut, es keine Arbeitslose mehr geben werde? Statt dessen gibt es viel mehr Arbeitslose, ist der Reallohn unter den der Vorkriegszeit gesunken und ist die Kaufkraft auf dem Gefrierpunkt angelangt. Das Elend der Hüttenleute, jene Hunderttausende, die zu keiner Zeit hohen Verdienst gehabt haben, ist riesengroß geworden.

Es ist gebieterische Pflicht der Reichsstellen, sofort die Wirkung dieses unglaublichen Schiedsspruches zu beseitigen. Es ist ferner die Pflicht des Preiskommissars, im Ruhrgebiet mit harter Faust einen Preisabbau in dem Maße des Lohnabbaus durchzuführen. Der Lohnabbau wird noch verschärft durch die allenthalben in der Schwerindustrie einsetzenden Feierschichten, und zwar um durchschnittlich zwei je Woche, so daß das Einkommen auf oder unter die Erwerbslosenunterstützung gefallen ist.

Der Lohn des Hüttenmannes war nach der Inflation 1924 zu niedrig eingesetzt worden. Der Tariflohn betrug 1929 für den Facharbeiter nur 84, für den Hilfsarbeiter 66 Pf. die Stunde; der Lohn des Akkordfacharbeiters lag auf 89, der des Akkordhilfsarbeiters auf 69 Pf.

Durch die letzte Notverordnung wurde bestimmt, daß der Lohn auf den Stand von 1927 zurückgeführt werden sollte. Auch danach hat sich in keiner Weise der Schlichter Brahn gerichtet. In nachfolgender Aufstellung zeigen wir die tatsächlichen Verdienste der Hüttenarbeiter. Die Aufstellung zeigt nicht nur die Wirkung des letzten Schiedsspruches, sondern auch, daß mit diesem Lohn nicht mal die Lebensmittel, geschweige denn Kleidung, Miete, Licht usw. zu erschwingen sind. Ferner muß festgehalten werden, daß die Lohnzahlen von Januar 1932 Bruttoverdienste darstellen, das heißt, daß davon noch 10 bis 15 vH Sozialversicherungsbeiträge abgehen. Um uns nicht dem Verdacht der Irreführung auszusetzen, sind in der Aufstellung keine Durchschnittsverdienste angeführt, sondern die tatsächlichen Verdienste, und zwar der wenigen Spitzenleute und letzten

Leute, die bekanntlich in der Mehrzahl sind. Alle Bruttoverdienste verstehen sich für den 21-jährigen Vollarbeiter. Die Verdienste sind einem der größten Werke der Hüttenindustrie entnommen, die mit kleinen Abweichungen für alle Werke zutreffen.

	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Hochofenbetrieb (je Schicht Mark)						
erster Mann	9,—	9,50	9,27	8,56	8,56	6,48
letzter „	7,50	8,20	8,05	7,30	7,30	5,80
Thomaswerk						
erster Mann	17,49	16,08	12,60	12,59	9,68	7,20
letzter „	10,62	9,76	6,48	6,48	5,60	4,50
Martinwerk						
erster Mann	14,30	14,72	12,54	12,50	10,72	7,22
letzter „	8,—	8,05	6,54	6,45	5,92	4,48
Blockwalzwerk						
erster Mann	11,—	10,12	9,40	10,75	8,80	6,40
letzter „	7,69	6,88	6,54	6,94	5,94	4,40
Stabstraße						
erster Mann	11,81	10,80	10,35	9,90	9,—	6,92
letzter „	7,24	7,20	6,30	6,24	5,76	4,72

Das sind, wie schon betont, Bruttoverdienste. Wer aber nun glaubt, daß diese Hungerlöhne mit voller Wochenarbeitszeit verdient werden, der irrt sich. Es werden in der Woche im Durchschnitt zwei Feiertage eingelegt. Der Hüttenmann kann mit diesem Brutto-Schichtverdienst nur an vier Tagen arbeiten. Was für Wochenlöhne da herauskommen, reicht nicht fürs nackte Leben.

Bekanntlich gibt es bei zwei Feierschichten keine Kurzarbeiterunterstützung, was ebenfalls eine Ungerechtigkeit ist. Die Arbeiterschaft soll mit diesem Kuli-lohn leben können. Das mutet ihr der Schlichter Brahn zu, der diese Schiedssprüche auf dem Gewissen hat.

Die Aufstellung der Verdienste zeigt aber auch mit erschreckender Deutlichkeit nicht nur die Lohnunterschiede innerhalb der Werksabteilungen, sondern auch die durch nichts gerechtfertigten klaffenden Unterschiede innerhalb der einzelnen Arbeitergruppen. Die Gewerkschaften haben stets gegen diese Unterschiede angekämpft, weil sie im Zeitalter der Rationalisierung vollkommen überholt sind.

In der Hüttenarbeiterschaft herrscht eine verzweifelte Stimmung. „Gebt uns die Papiere, als Arbeitslose müssen wir nicht so hungern wie jetzt!“, schallt es allenthalben in den Budenversammlungen. Die Bergwerkszeitung sollte diese Zahlen bringen, statt jahrein und jahraus von hohen Löhnen zu faseln. Die Hüttenarbeiterschaft verlangt einen auskömmlichen Lohn. Sie wird ihn sich erkämpfen müssen. Sie kann diesen Lohn nur erkämpfen, wenn sie sich zusammenschließt in den Gewerkschaften. Dieser Zusammenschluß verbürgt ihr nicht nur auskömmlichen Lohn, sondern auch die Freiheit, die zu beseitigen der Liebhaber der Eisenbarone, der Nazihauptling Hitler, jüngst den Vertretern der Schwerindustrie versprochen hat. Er versprach, die Gewerkschaften vernichten zu wollen. Dieser Vernichtungswille wurde von Thyssen mit einem freudigen „Heil Hitler“ beantwortet. Die Arbeiterschaft wird dies zu würdigen haben. DN.

## Hitlers Kampf um die Betriebe

Ein neues Rundschreiben der Reichsleitung der NSDAP fordert, daß jedes Parteimitglied, das Arbeitnehmer ist, gleichzeitig der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation beizutreten hat. Jeder Ortsgruppen-Betriebswart ist angehalten, sofort die Karte nochmals durchzusehen und säumige Parteimitglieder zum Eintritt in die Betriebszellenorganisation aufzufordern. Aus dem Erlaß der Reichsleitung geht hervor, daß man bestrebt ist, die Betriebszellen so stark zu machen, „um alle lebenswichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen. Kapp-Putsch-Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen.“

Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß man mit allem Nachdruck eine genügende Anzahl von Arbeitern heranzubilden beabsichtigt, die im Ernstfalle die Produktion in lebenswichtigen Betrieben fortführen kann. Deshalb heißt es auch in dem Rundschreiben: „Die Übernahme der Macht wird uns vor schwierigste Aufgaben stellen, denen wir unbedingt gewachsen sein müssen.“ Man soll derartige Mahnungen nicht unterschätzen. Das ganze beweist uns, wie hartnäckig die Nazis gegen die Arbeiterbewegung anzusetzen versuchen und welcher Mittel sie sich dabei bedienen. Schließlich haben ja auch die Unternehmer ihre Millionen nicht umsonst geopfert. Sie wollen für ihr Geld endlich etwas sehen.

## Die Eiserne Front marschiert!

Im ganzen Reich findet der Massenaufmarsch der Eisernen Front statt. Wo es auch sei, in Großstädten, in Industriegebieten, in Kleinstädten, auf dem Lande — von überall kommen sie zu Hauf, um darzutun, daß sie bei dem Kampf um die Republik oder gegen die Diktatur dabei sein wollen. Die Massen wissen, daß es in den nächsten Wochen um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung geht. Es ist keine leere Drohung, wenn Hitler prophezeit hat, daß es einen parlamentarischen nationalsozialistischen Staat nicht geben werde. Deshalb muß alles daran gesetzt werden, Hitler die Möglichkeit zu nehmen, einen solchen Staat überhaupt aufzurichten zu können. Von einer demokratischen Freiheit oder gar von einem sozialen Staatswesen wird dann keine Rede mehr sein. Und weil dies auch von dem ärmsten Proletarier geahnt wird, deshalb der Massenzulauf zu den Versammlungen der Eisernen Front.

Erfreulich ist dabei, daß namentlich die Hammerschaften sich vorzüglich entwickeln. Und dies, trotzdem es den Arbeitern in den Betrieben wirklich miserabel geht. Und selbst die Ärmsten der Armen, die Arbeitslosen, stellen sich mit ihrer ganzen Person zur Verfügung. Eine Bewegung, die von einem solchen Impuls und einer derartigen inneren Festigkeit getragen ist, wird dafür sorgen, daß die Bäume der Nazis nicht in den Himmel wachsen.

## Die brachliegenden Milliarden

In den Vereinigten Staaten gingen die Warenpreise im Jahre 1931 um etwa 20 vH, seit Mitte 1930 um 25 vH zurück, die Aktienkurse um 50 vH, die der festverzinslichen Papiere um 15 vH. Diesen Rückgängen entspricht jedoch nicht ein Rückgang der Geldmenge, die zur Abwicklung der Umsätze dient. In letzter Zeit gingen sogar die umlaufenden Banknoten stark in die Höhe, allein zwischen August und Oktober vorigen Jahres um fast eine halbe Milliarde Dollar. Auch die Bankguthaben, durch deren Überweisung von einem Konto zum anderen Zahlungen ebenso geleistet werden können wie mit Geld, die demnach Gelddienste verrichten (Bankgeld, Scheckgeld), gingen nur um 6 vH zurück, also wesentlich weniger, als die Preise. Die Lösung des scheinbaren Widerspruchs besteht darin, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gewaltig verlangsamt wurde. Die Geldmenge mußte nur deshalb vermehrt werden, da die Sparer ihre Ersparnisse abgehoben hatten. Diese Summen gelangten aber zum größten Teil nicht in den Verkehr, sondern sie wurden gehamstert — wöchentlich etwa 50 Millionen Dollar —, so daß die durchschnittliche Umlaufgeschwindigkeit der gesamten Geldmenge stark zurückging. Dasselbe trifft auch für die Bankguthaben zu, die zu Überweisungen viel seltener ausgenutzt wurden als zuvor, d. h. viel langsamer umflogen. Dieselbe Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit erfolgte durch die Rückzahlung von Krediten, die dann von den Banken nicht neu ausgeliehen wurden. Wie kürzlich berechnet wurde, ging die Umlaufgeschwindigkeit der Überweisungsguthaben von Oktober 1929 bis September 1931 um 60 vH zurück. So wurden Milliarden-summen infolge der Produktions- und Vertrauenskrise brachgelegt, der produktiven Verwendung in der Wirtschaft entzogen.





# Familie und Heim



## Von der Eifersucht

Wir bewegen uns heute in Steinwüsten. Der offene Himmel über unsern Köpfen scheint nur für die Vögel und die Reichen da zu sein. Der Arbeitende und der Arbeitslose werden Tag für Tag um ihr Recht auf Lebensfreude, ihr Recht auf Liebe betrogen. Ihre Sehnsucht nach Besitzenwollen wird — ihnen unbewußt — gesteigert ins Krankhafte.

Der Mensch unserer Tage lebt so eingepfercht, daß seine natürliche Lebenslust, sein berechtigtes Liebessehnen einfach abgedrosselt wird. Er darf sich allentalls noch auf einen 60 cm breiten Kinoplatz artig quetschen, um für Geld künstlich gestellte Lebenserfüllung auf der weißen Leinwand abrollen zu sehen. Gleich danach umfängt ihn dann wieder das graue wirkliche Leben. In der engen Mietskasernenwohnung erwartet ihn eine abgearbeitete Frau, lichtschnurige Kinder, die noch nie einen Sonnenaufgang erlebt haben. Er sieht die abgenutzten Möbel, sein dürftiges Bett, und er fühlt, daß ihm in diesen vier Wänden niemals, aber auch niemals auch nur eine einzige Stunde wirklicher Lebenserfüllung blühen wird. Er gießt sich einen hinter die Binde und träumt seinen Traum nach innen. Sie, seine Frau, härt sich inzwischen noch mehr ab. Eine Nachbarin will ihn einmal mit einer Frau gesehen haben. (Die Nachbarin ist selber nicht glücklich, warum soll sie der andern nicht auch was gönnen!) Einmal findet die Frau ein Haar auf ihres Mannes Jacke, das nicht von ihm stammt und nicht von ihr. Jetzt ists aus! Er streitet, sie „beweist“; er flucht, sie keift. Und wenn nicht die Kinder wären und das Gesetz und — die Gewohnheit: O...! — Aber nun wird sie aufpassen! Noch ein halbes Dutzend Falten mehr bekommt ihr Gesicht. Sie verrennt sich in die Einbildung, daß er sie betrüge. Sie finden füreinander nur harte Worte. Beide hacken aufeinander los mit Worten, immer hinein in die empfindlichste Stelle ihrer Seelen. Wenn sie sich in diesen Augenblicken einmal selber sehen könnten! Sie halten sich für stark und schlagen doch in unbewußter eigener Schwäche auf die vermutete Schwäche des andern los.

Im stillen ahnt jeder von ihnen, wo bei ihm selber der Anlaß sitzt. Sie weiß, daß sie nicht mehr jung ist, daß ihr Körper unschön geworden ist von Arbeit und körperlichem Leid. Er wiederum weiß auch, daß er nicht mehr der Kerl ist, der er einmal zu sein glaubte. Je enger die wirtschaftlichen Verhältnisse sind, je dichter die Nachbarn einem auf den Hacken sitzen, um so aussichtsloser ist der Kampf umeinander. Die vermeintlichen Ursachen können sogar völlig aus der Luft gegriffen sein, die wirklichen Ursachen zu dieser Quälerei liegen ganz wo anders!

Eifersucht braucht nicht immer gegenseitig zu sein. Der Eifersüchtige leidet an seiner eigenen Minderwertigkeit. Darum peinigt er den andern. Jedes Wort des andern wird argwöhnisch behorcht. Hat er da nicht — hat sie da nicht — sich wieder mal verraten? Es wird herumgeschneffelt. Wo warst du so lange? Bin ich dir nicht mehr genug? Liebst du mich nicht mehr? Bin ich nicht schön genug mehr? Arbeite ich nicht genug?

Einem Eifersüchtigen gegenüber ist man völlig wehlos. Was nützen Befehle, Beweise unserer Treue! Wenn ein eifersüchtiger Mensch erst merkt, daß man beginnt, sich ihm zu fügen, wenn also der unbewußt Schwache diese eine Stärke gegenüber dem bisher überlegen Geglaubten in sich spürt, dann wird er seinen Sieg aber nun auch ganz auskosten.

Ich kenne Männer, klug, tüchtig im Fach und anerkannt von vielen: Und doch sind sie wehlose Opfer ihrer eifersüchtigen Frauen. Es gibt Frauen, die

von ihren eifersüchtigen Ehe-„herren“ bewacht und bespitzelt werden wie gefangene Vögel.

Ein innerlich starker Mensch, ein Großzügiger wird zu Eifersucht nicht neigen. Es handelt sich bei der Eifersucht um einen geistigen Mangel. Aber weil es ein soziales, ein gesellschaftliches Übel ist, weil nämlich gerade dem Proletariat die Möglichkeit zu Persönlichkeitsentfaltung so stark beschnitten ist, deswegen begegnen uns eifersüchtige Menschen so häufig.

Welche Möglichkeiten gibt es, einen Menschen aus diesem krankhaften Zustand der Eifersucht zu befreien? Hat der Eifersüchtige selbst das Bedürfnis, von dieser seiner Plage frei zu werden, so ist schon ein Anknüpfungspunkt vorhanden. Außenseiter sollten sich nicht hineinmischen, weil das nur noch mehr Mißtrauen bei dem Eifersüchtigen erzeugen würde. Vom Mißtrauen aber wird die Eifersucht geradezu genährt. Der Eifersüchtige muß abgelenkt werden von sich und seiner Wahneidee. Auf welche Art, wird beim einzelnen verschieden sein. Verharrt der Eifersüchtige in seiner Starrheit, dann ist

anzunehmen, daß sie ihm schon zum Lebensbedürfnis geworden ist als Ersatz für andere Fähigkeiten. In diesem Falle ist eine Heilung hoffnungslos.

Eifersucht zwischen Eheleuten ist kein gesetzlicher Scheidungsgrund, man kann es aber niemandem verdenken, wenn er sich von dem Tyrannen räumlich trennt. Man kann es auch menschlich verstehen, wenn der Gepeinigste einen Schlußpunkt unter sein Leben setzt. Denn Eifersucht ist schlimmer als die Pest; sie kann den Tüchtigsten und Gesündesten leicht wahnsinnig machen.

Es ist fraglich, ob wir bei den gegebenen engen Verhältnissen das Hervorbrechen von Eifersucht bei bestimmten Menschen verhindern können. Wir Gegenwärtigen leben zwangsläufig so verkrampft, daß es nicht jedem ohne weiteres einleuchtet, daß Liebe mit Besitzenwollen nichts zu tun hat. Ja, wir leben so ungesund, daß manche die Eifersucht sogar als übersteigerte Liebe betrachten. Aber das ist sie nicht. Sie ist eine traurige Abirrung, ein krankhaft unbewußtes Minderwertigkeitsgefühl. Menschen, die über sich selber hinaus zu denken vermögen, Menschen, die bewußt arbeiten, die für andere zu schaffen versuchen, die sind am sichersten vor dieser Sucht.

## Die Ernährung des Säuglings / Von Schwester Erna

Die Ernährung des Säuglings ist eine Angelegenheit von weittragender Bedeutung. Es treten heute noch so viele Abweichungen von der notwendigen und richtigen Ernährung in Erscheinung, so daß den Müttern dringend geraten werden muß, ihr besonderes Augenmerk auf die so wichtige Ernährungsfrage des Säuglings zu richten und in Art und Weise der Mahlzeiten gewissenhaft zu verfahren. Fast alle oder doch ein großer Teil der Erkrankungen im frühen Säuglingsalter sind auf mangelhafte oder falsche Ernährung zurückzuführen.

Durch die in allen Städten eingerichteten Säuglingsfürsorge- oder Mütterberatungsstellen ist es heute jeder Mutter möglich gemacht, sich unentgeltlich von guten Fachärzten Rat in allen den Säugling und die Mutter betreffenden Fragen zu holen. Leider aber gibt es noch so viele Mütter, die eine unberechtigte

Voreingenommenheit gegen solche Fürsorgeeinrichtungen haben. Es kann nicht dringend genug die Benützung derartiger schwer erkaufte Einrichtungen empfohlen werden. Der Säugling steht so unter ständiger ärztlicher Kontrolle, was der Mutter eine Beruhigung und dem Kleinen ein gutes Entwickeln und Gedeihen verschafft.

Die Ernährung muß alle zum Aufbau des Körpers wichtigen Stoffe enthalten. Das erste Nahrungsmittel ist die Milch, und zwar die dem Menschen in ihrer Zusammensetzung angepaßte Muttermilch. Außer den nötigen Aufbaustoffen enthält Muttermilch auch wichtige Schutzstoffe gegen Krankheiten, und diese Milch ist für das Kind am besten verdaulich. Ein Brustkind ist im Gegensatz zum Flaschenkind gegen Ernährungskrankheiten geschützt. Auftretende Erkrankungen werden vom Brustkind viel leichter überwunden. Dies macht sich nicht nur im Säuglingsalter bemerkbar, sondern auch in späteren Jahren. Das Stillen ist dazu eine sehr bequeme und billige Ernährungsweise, denn Muttermilch ist stets zubereitet und kann roh genossen werden. Schlechte Muttermilch gibt es nicht.



Essen braucht die Mutter in der Stillzeit nur was sie gewohnt ist. Was ihr nicht schadet, schadet auch dem Kind nichts. Nur darf kein Alkohol genossen werden, da er zum Teil in die Milch übergeht und dem Kind körperlich und hauptsächlich geistig sehr großen Schaden zufügen kann.

Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit der Mahlzeiten sind beim Stillen besonders zu beachten. Für den gesunden Säugling rechnet man fünf Mahlzeiten den Tag mit vierstündigen Pausen. Der Magen braucht diese Pausen, um die Milchmenge einer Mahlzeit zu verarbeiten. Am besten verteilt man die Mahlzeiten auf 6, 10, 2, 6 und 10 Uhr. Acht Stunden Nachtruhe sind für Mutter und Kind dringend nötig. Das Kind gewöhnt sich rasch daran und man kann es in den ersten Nächten ruhig schreien lassen. Auch trockenlegen darf man es nachts nicht. Fängt man damit erst einmal an, so ist es sehr schwer, dem Kind das Durchschlafen anzugewöhnen.

Es wird immer abwechselnd nur eine Brust gereicht, damit diese ganz leer getrunken wird. Das Leertrinken bezweckt auch eine bessere Funktion der Brustdrüsen und verhindert die gefährliche Stauung der Milch.

Das Abstillen soll möglichst erst nach dem sechsten Monat beginnen und mindestens vier Wochen dauern, um Beschwerden bei Mutter und Kind zu verhüten. Es wird dabei langsam eine Brustmahlzeit nach der anderen durch eine künstliche Mahlzeit ersetzt. In den heißen Sommermonaten soll jedoch nicht abgestillt werden, damit keine Verdauungsstörungen beim Kind auftreten.

Sollte aus irgendeinem Grunde das Stillen überhaupt nicht möglich sein, so muß gleich zur künstlichen Nahrung übergegangen werden. Künstliche Nahrung wird sie deshalb genannt, weil sie erst in ihrer Zusammensetzung der natürlichen, das heißt der Muttermilch, ähnlich gemacht werden muß. Genaue Regeln lassen sich hierüber nicht aufstellen, da nicht jedes Kind das gleiche verträgt, deshalb soll immer ein Arzt zu Rate gezogen werden. Doch einiges mag von Bedeutung sein.

Zur künstlichen Ernährung wird zumeist Kuhmilch verwendet. Sie enthält aber mehr Eiweiß und Salze, doch weniger Zucker als Muttermilch, und wird daher durch Zusatz von Schleim und Zucker für das Kind verträglich gemacht. Man verwendet im allgemeinen Haferschleim, den man aus einem halben Liter Wasser und einem Eßlöffel voll Haferflocken (noch besser ist das in den Reformhäusern erhältliche Hafermark) herstellt. Nachdem der Schleim durchgeseibt ist, wird er mit abgekochtem Wasser wieder auf einen halben Liter aufgefüllt.

Als gesamte Nahrungsmenge rechnet man ein Sechstel bis ein Fünftel des Körpergewichts für den Tag. Das Höchstmaß darf jedoch bei älteren Säuglingen einen Liter nie übersteigen. Man gebe eher etwas weniger als zuviel, denn schon das geringste Zuviel kann zu schweren Ernährungsstörungen führen.

Am besten bereitet man sich immer gleich die Milchmenge für den ganzen Tag vor. Milch und Schleim werden zu gleichen Teilen zusammen mit dem Zucker aufgekocht. Auf je 100 Gramm Mischung werden 5 Gramm Zucker gerechnet, gleich einem Teelöffel voll. In einem gut verschlossenen Milchtopf wird die Mischung kühl aufbewahrt. Zu jeder Mahlzeit wird die nötige Menge in die Trinkflasche abgefüllt und im Wasserbad erhitzt. Die Temperatur der Mischung wird nach tüchtigem Umschütteln am Augenlid gemessen und darf dort nicht brennen. Niemals darf durch den Sauger gekostet werden. Milchreste nie aufbewahren, sondern gleich weggeben. Die Mahlzeiten werden genau wie beim Stillen eingeteilt. Die Flasche muß glattwandig und mit einer Grammskala versehen sein. Strichflaschen sind ungenau. Flasche und Sauger müssen peinlich sauber gehalten werden. Die Flasche ist jedesmal nach dem Trinken mit einer Flaschenbürste und Sodawasser gut durchzuspülen. Der Sauger ist nach jeder Mahlzeit mit Salz auszureiben und wird in einem gut verschlossenen Glas oder in einer zugedeckten Tasse trocken aufbewahrt. Auch muß er öfters ausgekocht werden.

Vom vierten Lebensmonat ab wird Beikost gegeben, das ist Grießbrei, geschabtes Obst und Gemüse. Apfel, Bananen, Spinat, Mohrrüben (Gelbrüben) und Blumenkohl sind wohl am geeignetsten. Das Gemüse muß fein verwiagt sein und das Abkochwasser ist restlos dem Gemüse zuzufügen. Gerade hierin sind die besten und wichtigsten Stoffe enthalten. Man gibt zuerst nur wenig nach der Flasche, bis allmählich eine ganze Mahlzeit damit ausgefüllt wird. Viele Kinder wollen zuerst nicht essen und spucken hauptsächlich das Gemüse wieder aus. Da muß die Mutter Geduld haben und immer wieder anbieten; schließlich lernt es jedes Kind.

Haben die Kinder Zähne, so kann man ihnen zu den Mahlzeiten auch Brotkruste, Zwieback oder Keks in die Faust geben. Niemals aber gebe man zwischen den Mahlzeiten Brot und Süßigkeiten. Dadurch wird der nötige Hunger zu den regelmäßigen Mahlzeiten genommen und man hat keine Kontrolle darüber, wieviel das Kind isst.

Manche Kinder werden nach der Umstellung in der Kost gerne wund. Dabei ist vor allem darauf zu achten, daß die wunden Stellen nicht mit Wasser in Berührung kommen, sondern nur mit Öl gereinigt werden. Wenn man diese Stellen dann noch mit Zinkpaste gut einschmiert und leicht überpudert, wird sich das Wundheilen in kurzer Zeit wieder beheben. Es sei aber noch einmal angeführt, daß bei einer Änderung der Nahrung stets ein Arzt raten sollte.

## Edelstahl

Wir alle kennen den Arbeitsvorgang: In wiederholtem Glühen, Gehämmertwerden, Abkühlen veredelt man den Stahl, damit er den höchsten Beanspruchungen gerecht werden kann. Der Werkstoff wird fester, widerstandsfähiger, elastischer.

Wollen wir uns daran nicht ein Beispiel nehmen?

Ist es nicht ratsamer, sich bewußt „schmieden“ zu lassen, als unter Druck und Schlag entmutigt und geduckt davonzuschleichen — ins Lager der anderen vielleicht? Oder in den Morast sumpfiger Abwege? Oder gar in letzte tiefe Verzweiflung, in Selbsterstörung, ins Nichts hinein?

Hast du Not, Hunger, ungerechte Behandlung eben jetzt zu spüren, bleibe fest und treu bei deiner Überzeugung. Gerade da ist der Augenblick gekommen, sich zu bewähren — und deine Genossen zu bewahren!

Keine Kette ist stärker, als ihr schwächstes Glied! Prüfe, stähle dich und die Deinen, damit jedes Glied der Kette, daran euer Schicksal hängt, zuverlässig und betriebssicher ist. Edelstahl!

Sage nicht, du habest mit dir selbst und deinen Sorgen genug zu tun!

Gehe nicht in einen Winkel deiner kalten, trostlosen Stube und grübele dich in einen Irrgarten von Verzweiflung hinein!

Nimm das, was du noch an Lebensbejahung und Optimismus in dir aufreiben kannst — und sei es nur wenig!

Trage das Flämmchen sorgsam zu anderen Menschen, die gleich dir leiden.

Wecke in ihnen den Mut, mit dir an das unscheinbare Licht zu glauben — und es wird eine Flamme werden, die euch alle wärmt!

Soll ich euch einmal an eine Zeit erinnern, die den Keim zu unserer heutigen Bedrückung schon in sich trug?

Im Kriege gingen wir, jeder mit ein bis zwei Preßkohlen im Zeitungspapier, zu Leuten, mit denen wir uns verstanden, dort trafen wir andere die es uns gleichgültig, und so wurde ein Zimmer warm — nicht durch den Ofen allein, den wir füllten konnten, sondern durch das Bewußtsein, daß einer dem anderen und damit gleichzeitig sich selber geholfen hatte. Das war eine

bessere Wärme, als das Schüren überhitzter Gemüter mit unsinnigen Phantastereien.

Kein Gesetz der Welt wird dir verbieten können, dich mit Menschen, denen du klares Willen und vernünftiges Mitgehen mit den Entwicklungen unserer Tage zutraust, zusammenzukommen. Gerade in dem kleineren Kreis, der trotzdem die verschiedensten Charaktere umschließt, reinigst sich Anschauungen und Einstellungen am besten von allen Schlacken. Gerade dort läßt sich Schädliches besser erkennen, als wenn ein Haufen versammelter Menschen mit hundert verschiedenen persönlichen Einstellungen der Meinung eines einzelnen Sprechers scheinbar geschlossen zustimmt, während in Wirklichkeit jeder nur das applaudiert, was er selber gerade meinte.

Und gelingt es dir, durch das Herausgehen aus dir selbst und deinen allereigensten Interessen einen deiner Genossen von dem nie wieder gutzumachenden Abgleiten in Verzweiflung oder Verwirrung zu bewahren, so hast du Unschatzbares geleistet. Wenn auch niemand davon spricht.

Margarethe Hofmann

## Hartnäckige Frauenrechtlerinnen

Frankreich ist einer der modernen Großstaaten, der noch kein Frauenwahlrecht besitzt. Darum kämpfen die französischen Frauenrechtlerinnen mit allen Mitteln um das Frauenwahlrecht. Die französischen Frauen erstreben Gleichberechtigung zur selben Zeit, in der die deutschen wildgewordenen Spiessbürger Hitlerscher Prägung mit heißem Bemühen dabei sind, den Frauen das Wahlrecht wieder zu nehmen. In einer Sitzung des französischen Senats veranstalteten die Frauenrechtlerinnen eine lärmende Kundgebung. Sie warfen große Bündel farbiger Flugblätter in den Sitzungssaal. Dafür sollten sie von den Saal-dienern aus dem Saal gewiesen werden. Dabei stellte es sich heraus, daß die Führerin sich mit Hilfe einer eisernen Kette und eines Vorhängeschlosses an ihrem Sitz festangekettet hatte, so daß die Beamten des Hauses den Sessel vom Fußboden ab-sägen und die Ruhestörerin samt dem Sitz unter schallender Heiterkeit der Senatoren forttragen mußten.



# Verbandsleben



## Zum Vorschlag des Vorstandes

### Müssen die Beiträge herabgesetzt werden?

Zu dem Vorschlag möchte ich auch einen vielleicht nicht ganz zu überschenden Vorschlag vorbringen. Ehe ich auf ihn eingehe, möchte ich hervorheben, daß der Vorschlag des Vorstandes, so gut er gemeint ist, doch noch einige dunkle Punkte aufweist, was mir die in Nr. 7 der MZ veröffentlichten Zuschriften beweisen. Es ist doch wohl eine bekannte Tatsache, daß sich kein Mensch in seinen Zugeständnissen will geschmälert sehen. So auch hier die Mitglieder, die zur Zeit noch in Arbeit stehen, aber täglich damit rechnen müssen, die Unterstützung ihres Verbandes in Anspruch zu nehmen. Ich selbst bin zur Zeit Wohlfahrtserwerbsloser und habe meine Verbandsunterstützung nach den alten Richtsätzen des Statuts beziehen können. Heute aber liegen die Dinge wesentlich komplizierter. Bisher war der Modus doch so, daß ein Erwerbsloser seine Verbandsunterstützung während der Zeit seiner „Elu“ bezog, also in einer Periode, wo der Betrag der Reichsunterstützung immerhin noch eine gewisse Höhe einnimmt. Bei anhaltender Erwerbslosigkeit vermindert sich selbstverständlich der Satz der Unterstützung. Also aus der „Elu“ in die „Kru“, und aus der „Kru“ in die Wohlfahrt. Wäre es da nicht am Platze, den Bezug der Verbandsunterstützung in die Zeit der Krisenunterstützung zu verlegen? Grundbedingung ist natürlich, daß die davon betroffenen Kollegen sowie Solidaritätsgefühl aufbringen während der Dauer ihrer „Elu“, das sind zur Zeit 20 Wochen, ihren vollen Beitrag weiterzahlen und natürlich auch in der „Kru“ während der Dauer ihrer Verbandsunterstützung eine volle Marke jede Woche kleben. Ich meine, der Erfolg liegt auf beiden Seiten. Der Kollege kann seine Verbandsunterstützung zu einer Zeit erheben, wo seine Reichsunterstützung eine beträchtliche Reduzierung zur Folge hatte, und dem Verband würde die Kasse etwas mehr gestärkt und entlastet und demzufolge unserer Organisation das Rückgrat ganz erheblich gestiftet, um diese Wirtschaftskatastrophe meistern zu können. O. M.

Ich gebe dem Kollegen O. Sch., Spandau, insofern recht, als die Beiträge so rasch wie möglich den veränderten Verhältnissen anzupassen sind. So gut auch die Vorschläge anderer Kollegen gemeint sein mögen, so sind sie doch nicht der Ausdruck eines sehr großen Teiles notleidender Kollegen. Ich möchte vorschlagen: Die im § 6 des Statuts vorgesehenen Beiträge beizubehalten, aber bis zu den Beiträgen bis zu 40 Pf. den Anspruch auf Invalidenterstützung einzuführen. Ferner darf es im Absatz 2 desselben Paragraphen nicht mehr heißen: männliche und weibliche Mitglieder in dem und dem Alter, sondern alle Beiträge werden nach dem entsprechenden Verdienst festgesetzt. Die Leistungen des Verbandes in Unterstützungsfällen richten sich nach den geleisteten Beiträgen.

In der Landesversicherung zum Beispiel ist es doch auch so. Man leistet Beiträge nach seinem Verdienst und erhält Invalidenterstützung nach dem geleisteten Beiträgen. Man kann im Notfall durch 20 Beitragsmonaten innerhalb von zwei Jahren seinen Anspruch aufrechterhalten. Ähnlich liegen die Fälle bei der Krankenkasse. Seien wir uns doch auch darüber klar, daß jeder nach Bildung strebende Mensch einer Partei und einer kulturellen Vereinigung, wie Freidenker-Verband und, wenn irgend möglich, auch noch einem Turn- oder Sportverein angehören möchte, und diese Vereinigungen brauchen doch auch Beiträge. W. L.

Wir in Anhalt haben den Vorschlag eingehend geprüft, zum Teil pflichten wir ihm bei. Wenn ein Kollege durch Not gezwungen ist, sei es durch Kurzarbeit oder geringeren Stundenlohn, von der ersten Klasse in eine niedrigere zu wechseln, was natürlich mit Härten für ihn verbunden ist, wenn sich die Verdienstmöglichkeiten später einmal bessern. Es muß Pflicht des Vorstandes sein, Unterschiede zu machen zwischen einem langjährigen Mitglied und einem, das erst spät den Weg zum Verband gefunden hat. Unser Vorschlag ist, dem Statut vorübergehend folgenden Absatz beizufügen: „Allen Mitgliedern, die den Verband über zehn Jahre angehören und jetzt durch Not gezwungen sind, in einer niedrigeren Klasse Marken zu kleben, wird bei späterem Aufrücken in ihre frühere erste Klasse eine Vergünstigung insofern eingeräumt, als nicht erst wieder 52, sondern nur 26 Wochen als Karenzzeit in Frage kommen, um in den Genuß der Unterstützungssätze der ersten Klasse zu kommen.“ M. Weck.

Nun, wo die Aussprache über den Vorschlag in der Zeitung beendet ist, übergibt uns der Vorstand die Schreiben und Versammlungsberichte der Ortsverwaltungen, die sich mit der Frage befassen. Wir halten es für ratsam, den Kollegen davon Kenntnis zu geben. Alle Schreiben und Berichte hier wiederzugeben, ist leider unmöglich. Inwiefern wollen wir in möglichst unparteiischer Auswahl die Kernsätze der Schreiben, die sich für den Vorschlag aussprechen und die dagegen etwas einzuwenden haben, mitteilen. Die Mitglieder haben ein Recht darauf, von ihrer Zeitung ganz unvoreingenommen über die im Verbandsrat zutage tretenden Meinungen unterrichtet zu werden.

Wie man sich schon aus der hier geplagten Aussprache überzeugen konnte, ist die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder für den Vorschlag. Dasselbe trifft für die Ortsverwaltungen zu. Auch in deren Berichten wird mehrfach betont, daß die von Vorstand angeregte Lösung nur eine einstweilige sein kann; der Verbandstag habe eine endgültige zu treffen. Das ist auch unsere Meinung. Wir leben in einer äußerst wechselvollen Zeit. Der Wechsel dürfte in den nächsten Monaten bestimmt nicht geschlicher sein. Zur Zeit des Verbandstages haben wir mit der jetzt von Erweiterten Beirat zu treffenden Lösung schon einige Erfahrung gesammelt. Und diese Erfahrung dürfte von dem Verlauf der wirtschaftlichen Dinge noch erheblich veranlaßt sein. So wird der Verbandstag in der Lage sein, in der Beitragsfrage eine trefflichere und zufriedensstellendere Entscheidung zu treffen.

Nach den Entscheidungen der Ortsverwaltungen.

Brühl Die am 7. Februar versammelten Mitglieder... sind mit dem Vorschlag des Vorstandes bezüglich der Beitragssenkung einverstanden, erwarten aber, daß der Vorstand den Vorschlag eines Preis ermäßigten Vorschlag weiterbreitet...

Riesa Unsere Mitgliedschaft hat zu dem Vorschlag Stellung genommen und einstimmig beschlossen, sich ihm anzuschließen.

Markranstädt Die Versammlung hat sich einstimmig mit dem Vorschlag einverstanden erklärt.

Bayreuth In der... Versammlung wurde einstimmig beschlossen, daß der Vorschlag die Beiträge folgendermaßen regelt: An den Grundbeiträgen wollen wir nichts geändert wissen, dagegen kürzen wir unsere Lokalzuschläge um 20 Pf. in der 1. und 15 Pf. in der 2. und um 5 Pf. in der 3. Klasse.

Kassel Den... Vorschlag... erkennt die Generalversammlung als gut an. Die endgültige Regelung kann dann auf dem Verbandstag erfolgen.

Eßlingen. Die Ortsverwaltung erklärt sich mit dem Entwurf des Vorstandes einverstanden. Grundsätzlich sind die Vertreter gegen eine Herabsetzung der Beiträge...

Gera. In unserer Vertreterversammlung wurden zwar mancherlei Bedenken (über den Vorschlag) geäußert, bessere Vorschläge konnten aber nicht gemacht werden.

Bremerhaven. Die von etwa 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung begrüßte den Vorschlag, den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, einen niedrigeren Beitrag zu zahlen. Die Versammlung aber ist der Meinung, daß der Schaden, der den Mitgliedern durch die Herabsetzung der Unterstützungsbeträge entsteht, so groß ist, daß sie dringend empfiehlt, wenn irgend möglich, den Beitrag der 1. Klasse zu zahlen.

Nossen i. Sa. Die Mitglieder stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß ein Abbau nicht in Frage kommen kann, wenn gleichzeitig ein Abbau der Unterstützungseinrichtungen damit verbunden ist.

Harburg-Wilhelmsburg. Die Vorschläge des Vorstandes sind vorübergehend geeignet, die Organisation vor weitgehendem Schaden zu bewahren. Darüber hinaus hält es die Versammlung für dringend geboten, ein Beitragssystem zu schaffen... mit der Maßgabe, die Höhe der Beiträge mit den tatsächlich erzielten Verdiensten in ein angemessenes Verhältnis zu bringen.

Schweidnitz. Die Mitgliedschaft stellt sich auf den Standpunkt, es bei der alten Beitragshöhe zu belassen.

Krefeld Nach eingehenden Darlegungen... hat die Versammlung einstimmig zum Ausdruck gebracht, dem Vorstand zu empfehlen, seinen Vorschlag nicht durchzuführen. Die Kollegen, die sich an der Aussprache beteiligten, sind der Meinung, daß die gegenwärtige Zeit, in der die Mittel der Organisation zur Durchführung und Durchführung der Aufgaben unbedingt erforderlich sind, nicht der geeignete Zeitpunkt ist, solche Experimente durchzuführen.

Mit dieser Auslese wollen wir uns bescheiden. Sie dürfte genügen zur Beurteilung der Ansicht in der Mitgliedschaft über den Vorschlag des Vorstandes.

## Verkürzung der Wartezeit

### in der Arbeitslosenversicherung infolge Kurzarbeit

Der § 119 (b) AVAVG sieht in verschiedenen Fällen eine Verkürzung der Wartezeit beim Bezüge von Arbeitslosenunterstützung vor. Danach vermindert sich die Wartezeit bei Ledigen von 21 auf 7, bei Unterstützungsempfängern mit 1 bis 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen auf 3 Tage, und sie fällt bei solchen mit 4 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen ganz weg, wenn „Kurzarbeit von mindestens vierwöchiger Dauer, infolge deren das Arbeitsentgelt um mindestens ein Drittel gekürzt war“, vorgelegen hat.

Die Bedeutung dieser Bestimmung für die Metallarbeiterschaft wird erst völlig klar durch die monatlich durchgeführten Erhebungen des DMV. In der letzten Dezemberwoche 1931 haben danach etwa ein Drittel aller (noch) in der Metallindustrie Beschäftigten 32 Stunden und weniger gearbeitet. Da die Kurzarbeit oft wochen- und monatelang währt, so kommt für den größten Teil dieser Kollegen bei etwaiger Arbeitslosmeldung die verkürzte Wartezeit in Frage. Wie schon gesagt: Es muß aber der durchschnittliche Bruttoverdienst in den letzten vier Wochen um mindestens ein Drittel gekürzt sein. Zugrundegelegt wird auch hier der Durchschnittsverdienst des Arbeitslosen in den letzten 26 Wochen, aufgerechnet auf die „in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden“, also durchgängig auf 48 Stunden.

Die Kollegen müssen wissen, daß eine reine Pfennigrechnung die Dinge entscheidet und nicht einfach die Anzahl der tatsächlichen Arbeitstage. Wenn z. B. in einem Betriebe in der Woche 4 Tage gearbeitet und Sonnabends und Montags ausgesetzt wird, so hätten sich zwar die Arbeitstage um ein Drittel gemindert (von 6 auf 4), aber in vielen Fällen kann das ausschlaggebende Arbeitsentgelt. Durch das wohl allgemein verkürzte Wochenende beträgt der Normalarbeitstag meistens nicht 8, sondern 8 1/2 oder 8 3/4 Stunden, so daß für den obigen Fall (4 Tage) die Kurzarbeiterwoche nicht die geforderte Drittelkürzung, also 32 Stunden, sondern 33 oder 34 Stunden haben würde. Dasselbe gilt natürlich auch da, wo bei täglicher Arbeitszeitverkürzung und bei mehr als 4 Arbeitstagen dieselbe Stundenanzahl herauskommt.

Nur eine Möglichkeit könnte in diesen Fällen den Anspruch sichern, wenn nämlich der Verdienst in den letzten vier Wochen so stark gesunken ist gegenüber dem Durchschnittsverdienst der letzten 26 Wochen, daß die höhere Stundenzahl damit ausgeglichen würde. Der umgekehrte Fall ist zwar möglich, aber in der heutigen Wirtschaftssituation mit gering schwankenden Verdiensten wohl mehr als Einzelerscheinung anzusehen. Es ist dann ein besonders guter Akkordabschluss oder die oft so gefürchtete Anzehlung der „Kolonnenreserve“, die bei plötzlicher Entlassung den Verdienst so steigern können, daß trotz niedriger liegender Stundenanzahl das Mindestmaß nicht erreicht wird.

Das sind aber Ausnahmen. Im großen und ganzen gelten diese Erklärungen sowohl für Lohn- und Lohn-Akkordarbeiter, als auch für den größten Teil der Akkordarbeiter, deren jetzige wöchentliche Arbeitszeit so um ein Drittel unter der normalen liegt. Wenn die zur Entlassung kommenden Kollegen, die monatelang mit 20 M und weniger in der Woche nach Hause mußten, sich den Genuß der verkürzten Wartezeit sichern wollen, so ist das bei den hart an der Grenze liegenden Fällen nur möglich durch entsprechende persönliche Arbeitszeitkorrekturen. Das wäre eine durchaus sinnvolle Anwendung des § 119 (b) AVAVG. L. L., Hannover.

## Jubilare feiern

Unsere Ortsverwaltung in Stettin hat ebenfalls eine Ehrung für die Kollegen veranstaltet, die 25 Jahre und mehr dem Verbands treue bewahrt haben. Der Bevollmächtigte, Kollege G. u. n. e., konnte 26 Jubilare begrüßen. Vom Vorstand übermittelte Kollege Handke den Jubilaren Dank und Gruß für ihre treue Organisationsarbeit. Nach einer Schilderung der Entwicklung des DMV ermahnte Kollege Handke besonders die jüngeren Kollegen, sich in gleicher und den heutigen Ver-

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 6. März, ist der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. bis 12. März 1932 fällig.

## An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

## Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Duisburg:

Paul Kowalski, Magaziner, geb. am 3. April 1896 zu Duisburg, Mitgliedsbuch Nr. 3701681, wegen Nichtabrechnen von Beitragsmarken.

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streik).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

## Der Verbandsvorstand

### Verbandsanzeigen

Arn. adt. Lokalgeschenk wird nicht mehr bezahlt.  
Bockwitz. Zum Geschäftsführer wurde Kollege Richard Walz, Eilenburg a. Mulde, gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.  
Hörde I. W. Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.

Verhältnissen entsprechender Weise zu betätigen, wie es die Jubilare getan haben.

Zum Schluß sprach Kollege Klütz der Ortsverwaltung den besonderen Dank für die Veranstaltung und die Ehrengabe aus, die in einer schön gebundenen Mappe mit dem Jubiläumsdiplom jedem einzelnen Jubilare überreicht wurde. Unter Zustimmung und Beifall erneuerte Kollege Klütz im Namen der Alten ihr unerschütterliches Treuebekenntnis zum Verband. Mit freudiger Genugtuung wurde festgestellt, daß diese gut veranstaltete und wohlgeungene Feier für die Jubilare eine wohlverdiente Ehrung und für viele Teilnehmer eine Freude und gern benutzte Gelegenheit war, die Tagessorgen einmal zu vergessen.

Die Ortsverwaltung Eßlingen veranstaltete am 13. Februar eine Jubilarefeier, verbunden mit einer Feier des 40-jährigen Bestehens der Ortsverwaltung. Zur Ehrung kamen 210 Kollegen mit einer 25- und mehrjährigen Mitgliedschaft. Der Bevollmächtigte, Kollege Klein, begrüßte die Jubilare und deren Frauen. Die Ortsverwaltung hat nach reiflicher Prüfung den Beschluß gefaßt, die Ehrung durchzuführen, wenn auch in bescheidenster Form. In den Jahren der Wirtschaftskrise hat die Ortsverwaltung in weitgehendem Umfang an in Not geratene Mitglieder durch Zuwendungen Hilfe geleistet. Sehr viele junge Mitglieder sind in den Genuß von Unterstützung gekommen. Es erscheint daher gerechtfertigt, daß die Vorkämpfer unserer Organisation durch die veranstaltete Feier auch berücksichtigt werden. Der Bezirksleiter, Kollege Schick, Stuttgart, hielt die Festansprache. Er schilderte das Werden und Wirken unseres Verbandes und der Verwaltungsstelle Eßlingen. Besonderer Dank gebührt den langjährigen Kollegen und nicht zuletzt den Frauen. Viele unter den Jubilaren haben dem Metallarbeiter-Verband wertvolle Dienste als Funktionäre geleistet. Treue um Treue.

Die Jubilare erhielten ihre Ehrenurkunde in einer geschmackvollen Ausstattung. Ein gemeinschaftlicher Gesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ brachte die Überzeugungstreue aller Anwesenden zum Ausdruck.

## Zum Scheiden Robert Freitag

Im Februar ist Kollege Robert Freitag aus dem Dienst unseres Verbandes ausgeschieden. Ein körperliches Leiden zwang ihn, die Tätigkeit im Dienst der Arbeiterbewegung aufzugeben. Freitag war von Beruf Former und steht heute im 62. Lebensjahre. 1897 fand er in Velbert den Weg zum DMV. Ihm ist nichts erspart geblieben, oft mußte er den Betrieb, die Arbeitsstelle verlassen, da der Unternehmer den Agitator haßte. Im Herbst des Jahres 1903 wurde er durch das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Dienste der neugegründeten Konsumgenossenschaft „Haushalt“ in Velbert berufen. Als Lagerhalter hat er die Interessen der Konsumgenossenschaft vertreten. Die Sozialdemokratische Partei entsandte ihm im Jahre 1908 in den Stadtrat. Im Jahre 1919 wählte ihn die Metallarbeiterschaft von Velbert zum Geschäftsführer der Verwaltung Velbert. Seit dieser Zeit hat er in unermüdlicher Arbeit versucht, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum zu vertreten. Es blieb ihm während dieser Zeit nicht erspart, Zielsetzungen der gemeinsten kommunistischen Angriffe zu sein. Das Auf und Ab der Bewegung, der unglückliche Bruderkampf in den Jahren 1922 bis 1924 in den Reihen der Organisation lastete schwer auf ihm. Dreißig Jahre hat er im Dienste der Arbeiterbewegung gewirkt. 35 Jahre gehört er der freien Gewerkschaftsbewegung an. Es mag dem Scheidenden zur Ehre gereichen, daß in der Geschichte der Velberter Arbeiterbewegung, sei es der sozialistischen, genossenschaftlichen oder gewerkschaftlichen, der Name Robert Freitag mit an erster Stelle genannt werden wird. Wir wünschen dem Scheidenden einen ruhigen und zufriedenen Lebensabend im Kreise seiner Familie, im Kreise der großen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft.

# Reise in die Krise

Von Fritz Kummer

## Die glückliche Insel versinkt

(Schluß)

Die Franzosen gelten in der ganzen Welt als etwas leichtfertig, und von ihren Frauen wird angenommen, sie seien in sittlicher Hinsicht ein wenig leicht geschürzt. Das ist ein großer Irrtum. Er mag darauf zurückzuführen sein, daß die übergroße Mehrheit der Ausländer von Frankreich außer seiner Hauptstadt nichts kennen, und was sie dort auf einigen großen Boulevards schauen, auf ganz Frankreich übertragen. Aber Paris ist nicht Frankreich. Was dort die Ausländer am ehesten und am meisten schauen, ist nichts Französisches, sondern etwas Ausländisches; er wird von dem Fremden und für sie gemacht und von ihnen bezahlt. Die Einheimischen haben daran sehr wenig teil, und es kommt nicht selten vor, daß sie erst von Fremden davon erfahren. Noch viel weniger als die einheimischen Männer, sind ihre Frauen in den weltbekanntesten Vergnügungstätten zu finden. In Hingabe an die Familie, an häuslichem Fleiß und ehelicher Treue nimmt es die französische Hausfrau mit jeder andern getrost auf, und an Sparsamkeit wird sie von keiner übertroffen.

Das war immer so, und ist es jetzt, nach dem Kriege, noch viel mehr. Das maßlose Leid, das die große Blutkur über das französische Volk gebracht hat, bestimmt seine Bürger, noch stiller oder eingeschränkter zu leben. Emsiger als je wird Sou auf Sou gehäuft. Hierzu treibt der fleischgewordene Wunsch, sich baldmöglichst einer gewissen wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu erfreuen. Der Franzose will nicht bis ans Lebensende in der Treitmühle stehen, und seinen Kindern wünscht er das noch weniger. Er will möglichst bald „Monsieur“ sein, das heißt, zwanglos seinen Neigungen und bescheidenen Zerstreuungen leben. Die Schönheit dieses Zustandes ist mir, als ich in Frankreich arbeitete, von meinen Kollegen und ihren Frauen in allen Variationen vorgetragen worden. Meine Verständnislosigkeit ist bestimmt nicht verstanden worden. Der Drang nach seinem Ideal läßt den Franzosen auf jede nicht unbedingt nötige Ausgabe verzichten. Das gilt sowohl für das private wie für das öffentliche Leben. Eine dörfliche Gemeindevertretung wird jahrelang beraten, ob sie ihre Schule anstreichen oder eine Straße ausbessern läßt, und wird es beim Alten belassen. Wie wahr das ist, schlägt dem in die Augen, der nach gewissen Zeitabständen Dörfer oder Kleinstädte besucht.

Unter diesem Stande der Dinge hat auch die Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Seit dreißig Jahren höre ich die tröstliche Versicherung, daß nun aber die französischen Gewerkschaften sich die wohlgeordnete Grundlage der deutschen beschaffen und, besonders, hohe Beiträge einführen würden, um leistungsfähig zu sein. Und heute sind die französischen Gewerkschaften noch ebenso weit von der deutschen Verfassung entfernt wie ehemals. Die regelmäßige Zahlung hoher Beiträge liegt dem Franzosen nicht; er liebt sein Geld selbst aufzuhäufen. Wobei die französische Mentalität, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann, eine wesentliche Rolle mit spielt.

Ein Stamm von Funktionären bemüht sich, den Gewerkschaften mehr Leben und Glut einzuhauchen und ihre Mitgliederzahlen zu mehren. Von einzelnen werden da persönliche Opfer gebracht und ein apostolischer Eifer entfaltet, der seinesgleichen sucht. Leider hat diese ungeheure Hingabe an die gewerkschaftliche Sache nicht das gewünschte Ergebnis. Es muß immer wieder von vorne angefangen werden. Selbst jetzt, in der Zeit des wirtschaftlichen Hochganges, der fast zehn Jahre dauerte, ist es nicht zu einem Aufschwung der französischen Gewerkschaften gekommen. Das Schindluderspiel der Kommunisten hat dazu sicherlich viel beigetragen. Aber sie sind mit ihren Organisationen jetzt völlig auf den Hund. Die allerneuesten Berichte des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) sprechen von einer erfreulichen Besserung, und es ist nur zu wünschen, daß sie anhält und nicht, wie so oft, wieder verdunstet.

Vor kurzer Zeit noch galt Frankreich als die Oase in der wirtschaftlichen Wüste. Ob das wirklich in so starkem Maße, als gemeinhin angenommen wurde, war, konnte bei näherer Betrachtung fraglich erscheinen. Doch sei dem wie ihm wolle, heute befindet sich Frankreich sicherlich ebenfalls im wirtschaftlichen Niedergang. Daß er nicht so schroff ist wie in England, Deutschland oder Amerika, das ist gutenteils dem Umstande zuzuschreiben, daß Frankreich außergewöhnlich stark Agrarland ist und daß es andererseits mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete viel Arbeit bekam. Dieser wohlthätige Umstand ist jedoch im völligen Verschwinden begriffen, und andererseits stellen sich immer mehr Mißlichkeiten ein, die zur Einschränkung und Stilllegung von Betrieben zwingen.

### Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges

In England sind in den Banken amtliche Ermahnungen angeschlagen, fortan mit dem Gelde im Auslande sehr sparsam zu sein. Diese Mahnung wirkt für die Söhne John Bulls nachhaltiger als die drakonischste Notverordnung in Deutschland. In ganz England werden die Bürger durch rote Plakate ermahnt: Kauft Britisch! Was John Bull recht ist, ist der Marianne billig. Sie schärft ihrerseits ihren Söhnen ein: Kauft Französisch! Die Appells an den wirtschaftlichen Patriotismus werden von den Regierungen durch Erhöhung der Zollmauern, Einfuhrhemmungen und ähnlichem unterstützt. Die Folge für Frankreich ist, daß seine Kohlenausfuhr sowie die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach England zurückgeht, und bald wird die französische Textil- und Eisenindustrie durch die neuen Zollgesetze Englands noch viel mehr in Mitleidenschaft gezogen sein.

Aber auch ohne die Zollgesetze Englands war die französische Industrie schon erheblich im Niedergang. Betrachten wir zum Beispiel die Eisenindustrie, die mit ihren Nebenbetrieben nicht weniger als 300 000 Leute beschäftigt. Vom Oktober 1929 bis Oktober 1931 ist die Erzeugung von Gußeisen von 894 000 auf 637 000 Tonnen oder um 26,5 vH, die Erzeugung von Stahl von 850 000 auf 626 000 Tonnen oder um 28 vH zurückgegangen. Dieser andauernde Rückgang hat immer mehr Hochöfen zum Stillstand gebracht. Nur noch die Hälfte waren Ende 1931 in Betrieb. Da die Schwereisenindustrie die andere Metallgewerbe mit Rohstoffen versorgt, so läßt deren Zustand den Rückgang jener ermessen.

In der großen Öffentlichkeit Frankreichs nimmt man den wirtschaftlichen Niedergang nicht gerade tragisch. Das mag daher kommen, daß in Frankreich der genaue Maßstab von dem Stand der Dinge fehlt. Man kennt wohl die Dinge in seinem Gewerbe oder Ort, vielleicht auch des Bezirks, weiß, daß es da übel steht, aber man meint, daß es in andern Gewerben oder Bezirken noch ganz gut gehe. Kurz, der Stand der Wirtschaft scheint der Masse der französischen Bürger mangels einer übersichtigeren, als er tatsächlich ist. Und dieser rosige Schein, schon lange wirksam, wirkt auch heute noch über die Grenzen hin.

In andern Ländern kann man das Auf und Nieder der Wirtschaft an der Zahl der Arbeitslosen erkennen. Das ist in Frankreich unmöglich, weil dort die Arbeitslosen amtlich und regelmäßig nicht gezählt werden. Es gibt zwar eine Arbeitslosen-

unterstützung, aber sie wird nur von einem kleinen Teil der Arbeitslosen in Anspruch genommen, sei es, weil sie zu gering ist (oder war), sei es, weil es der Franzose nicht liebt, als „offizieller Nichtstuer“ zu gelten. Nur im äußersten Notfalle wird er um öffentliche Unterstützung nachsuchen. Wie sehr das richtig ist, zeigt beispielsweise der Monat März vom Jahre 1926. Damals wurden amtlich 243 000 Arbeitslose gezählt, aber nur 665 nahmen die Unterstützung in Anspruch.

Mangels etwas Besseren ist man auf die monatlichen Zahlungen der Fabrikinspektion angewiesen. Diese Zahlungen erstrecken sich aber nicht auf die Betriebe mit weniger als 100 Leuten, auch nicht auf die öffentlichen Dienste, Landwirtschaft, Fischerei und Hauswirtschaft. Sie umfassen daher von den 11 bis 12 Millionen Lohnarbeitern nur einen kleinen Teil, etwa 2 870 000. Überträgt man das Ergebnis der letzten dieser Zahlungen auf die gesamte Lohnarbeiterschaft, so ergibt sich, daß die Zahl der beschäftigten Leute seit dem 1. November 1930 um 755 000 gesunken ist. Die Zahl der Arbeitslosen, die sich am Ende des Jahres 1931 in Frankreich befanden, ist jedoch um die Zahl der wieder heimgewanderten ausländischen Arbeiter niedriger. Andererseits sind die Kurzarbeiter in Rechnung zu stellen, die 40,55 vH der noch beschäftigten Arbeiterschaft aus-



London  
Trafalgar Square mit Nelsonsäule

machen. Und zwar arbeiten 21,25 vH 40 bis 48, 8,71 vH 40 und 10,59 vH weniger als 40 Stunden die Woche.

In der französischen Metallindustrie arbeiten in normaler Zeit 1,3 Millionen Leute. Ihre Zahl hat sich seit dem November 1930 um 200 000 oder um etwa 15 vH verringert. Zu ihnen kommen noch 500 000 Kurzarbeiter.

### Arbeitslosen-Unterstützung

Für die Höhe der Arbeitslosenunterstützung läßt sich schwer eine allgemein gültige Regel geben, da sie von den Gemeinden festgesetzt wird. Doch läßt sich die Höhe einigermaßen aus dem Dekret vom 31. Dezember 1931 ersehen. Nach dem Dekret wird der staatliche Zuschlag für die Arbeitslosenunterstützung der Departements und Gemeinden nur für den Teil der Unterstützung gezahlt, der folgende Beträge nicht übersteigt: für den Ernährer einer Familie 7 Fr., für die Frau und jede Person in der Familie, die über 16 Jahre alt und arbeitslos ist, 4 Fr., für jede Person unter 16 Jahren 3,5 Fr., im Höchstfalle für eine Familie aber nicht mehr als 19 Fr. den Tag. Sind jedoch in einer Familie 3, 4 oder 5 Kinder unter 16 Jahren, dann kann der tägliche Satz auf 20, 23 und 26 Fr. steigen. Auf keinen Fall aber darf die Unterstützung mehr als die Hälfte des Tagelohnes, der in der Gegend oder dem Berufe üblich ist, betragen. Aus naheliegenden Gründen kann man annehmen, daß die hier erwähnten Sätze den großen Durchschnitt der Arbeitslosenunterstützung bilden. Zu der Unterstützung kommt allerdings noch die von den Unternehmern eingerichtete Familienhilfe, die in vielen Fällen nicht unbedeutend ist. Wir kommen auf diese Sache bei den Löhnen noch zurück.

In manchen Industrien oder Orten kommt der Niedergang der Industrie nicht stark in Erscheinung, weil die entlassenen Leute, weil Ausländer, in ihre Heimat abgeschoben werden. Wenn man auf der Strecke Longwy-Metz-Straßburg die Nachtzüge durchgeht, findet man fast immer ganze Wagen voll unfreiwilliger Heimwanderer. Sie haben ihre Habseligkeiten in Kisten und Säcken bei sich. Sie ziehen besser gekleidet und nicht mit ganz leerem Geldbeutel von dannen. Sie wären, wie sie ohne Umschweife gestehen, noch gerne in Frankreich geblieben, wo sie zwar ebenfalls schwer schanzten mußten, wo sie aber doch wenigstens genug zu essen hatten, was in der Heimat oft genug nicht der Fall war, und was künftig noch weniger der Fall sein dürfte.

Über die Zahl der heimgekehrten oder abgeschobenen ausländischen Arbeiter gehen die Meinungen weit auseinander, daß es mir gut schien, der Sache auf den Grund zu gehen. Hier das Ergebnis: In den ersten neun Monaten — für später liegen die Zahlen noch nicht vor — wurden an den Grenzübergängen 58 540 Heimwanderer gezählt. Doch stellen sich lange nicht alle Heimwanderer der Kontrolle. Nach zuverlässiger Angabe sind in der genannten Zeit insgesamt 175 000 Industriearbeiter heimgewandert. Zieht man von dieser Zahl die Zuwanderer ab, so wurde in den genannten neun Monaten der französische Arbeitsmarkt um mindestens 80 000 Köpfe entlastet. Diese Entlastung wird kräftig weiterbetrieben.

### Metallarbeiter-Löhne in Frankreich

Die deutschen und englischen Unternehmer, natürlich auch noch andere, behaupten steif und fest, die französischen Löhne seien viel niedriger als ihre, und es müßten infolgedessen auch bei ihnen die Löhne gesenkt werden, um auf dem Weltmarkte wettbewerbsfähig zu sein. Den Gewerkschaften wird es schwer, sich gegen diese Behauptungen der Unternehmer zu wehren, weil sie die Löhne in Frankreich nicht kennen. Diese Unkenntnis läßt sich leicht erklären. In Frankreich gibt es sehr wenig Kollektivverträge zwischen Arbeitern und Unternehmern. Dann sind die Gewerkschaften zu schwach, sich mit der Lohnstatistik zu befassen. Zu alledem kommt noch eine gewisse Verständnislosigkeit für die Statistik überhaupt. Folglich ist man auf private Umfragen angewiesen, die natürlich nur begrenzt sind und nur einen begrenzten Wert haben können. Man erfährt dann wohl, wieviel in einer Fabrik dieser oder jener Branche gezahlt wird, aber man hat keinen Überblick über die Gesamtheit der Löhne. Dies ist zu beachten bei Bewertung der folgenden Lohnzahlen.

Im Umkreis von Paris hat sich nach dem Kriege die Industrie mächtig ausgebreitet. Insbesondere stehen hier die weltbekanntesten Automobilwerke, deren Arbeitsbedingungen natürlich die der andern Metallgewerbe stark beeinflussen. Diese Werke sind wiederholt der Gegenstand von Untersuchungen gewesen, wodurch man auch über ihre Löhne unterrichtet wird. Hier schwanken die Stundenlöhne für Zeitarbeit zwischen 7,42 (Schnittmacher) und 4,24 Fr. (Tagelöhner). Für Akkordarbeit schwanken die Löhne zwischen 7,97 (Prüfer) und 4,81 Fr. (ungelernte Leute). Das gilt für die Männer. Die Stundenlöhne der Frauen bei Zeitarbeit schwanken zwischen 4,68 (Reguliererinnen) und 3,44 Fr. (Ungelernte). Bei Akkordarbeit schwanken die Löhne zwischen 5,49 und 3,77 Fr.

In der allgemeinen Metallindustrie des Pariser Bezirks sind die Löhne etwas geringer. Denn hier schwankt der Stundenlohn bei Zeitarbeit zwischen 6,65 (Werkzeugeinrichter) und 4,53 Fr. (Stanzer — cisailleurs); bei Akkordarbeit zwischen 6,73 (Drahtzieher — tréfileurs) und 4,97 Fr. (Härter — récuiseurs). Bei diesen Lohnangaben sind Zuschläge, Prämien und dergleichen, abgesehen von der Familienhilfe, eingerechnet. Alle diese Lohnangaben beziehen sich auf September 1931.

### Steuern — Sozialbeiträge — Familienhilfe

Mit diesen Angaben müssen wir es hier bewenden lassen. Der Lohn des französischen Arbeiters wird, was betont zu werden verdient, wenig oder gar nicht durch direkte Steuern verringert. Es bestehen zwar zwei Steuern, die in der Theorie auch den Arbeiter treffen, nämlich die Lohnsteuer (impôt sur le traitement) und die allgemeine Einkommensteuer (impôt général sur le revenu). Die letztere beginnt bei 10 000 Fr., hat aber soviel Ausnahmen, daß kaum ein Arbeiter in die Reihe der Zahlenden kommt. Das gleiche trifft bei der Lohnsteuer zu: Die Unternehmer machen darum, selbst wenn einmal einer ihrer Arbeiter steuerpflichtig ist, keinen Abzug vom Lohn, es sei denn, sie werden von der Behörde ausdrücklich dazu aufgefordert.

Seit dem 1. Juli 1930 ist eine Sozialversicherung vorhanden, die sich auf Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Alter und Tod erstreckt. Die Versicherung ist für alle Arbeiter obligatorisch, deren jährliches Einkommen nicht 15 000 Fr. und in den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern nicht 18 000 Fr. übersteigt. Der Beitrag zur Versicherung beträgt vom Arbeiter wie vom Unternehmer je 4 vH der Lohnsumme. Der Beitrag des Arbeiters wird vom Lohn abgezogen.

Bei der Bewertung der Bezahlung und der Arbeitslosenunterstützung des französischen Arbeiters darf jedoch die Familienhilfe nicht außer acht gelassen werden, denn sie bedeutet in sehr vielen Fällen eine nicht unerhebliche Steigerung des Einkommens. Der heiße Streit um diese Einrichtung, die übrigens auch in Belgien besteht, scheint in Frankreich abgeklaut zu sein. Wenigstens habe ich jetzt, obwohl ich dutzendfach danach fragte, nichts mehr davon gehört, was vor fünf Jahren bestimmt nicht der Fall war. Dann wurde mir jetzt wie früher schon erklärt, und zwar von Leuten, die offenbar eingewanderte Arbeiter waren, daß die Familienhilfe ziemlich unparteiisch, ohne Unterschied der Nationalität des Arbeiters, gewährt werde. Es sind zwar auch heute noch geflügelte Worte über die Familienhilfe in Brauch, aber es will mir scheinen, daß sie nicht mehr den ranzigen Beigeschmack von früher hätten.

Die Kassen, aus denen die Familienhilfe (allocations familiales) gewährt wird, werden nur von den Unternehmern gespeist. Der Beitritt zu ihnen ist freiwillig. Es liegt ein Gesetz vor, der die Kassen für alle Unternehmer obligatorisch machen will. Die meisten der Kassen haben sich in einer Zentrale (Comité des Allocations Familiales) mit dem Sitz in Paris zusammengefunden. Außerhalb der Zentrale stehen der Bergbau, die Eisenbahnen und noch eine Anzahl kleinerer Gewerbe. Aber auch diese gewähren Familienhilfe.

Die Zahl der Arbeiter, die zur Zeit außer ihrem Lohn Familienhilfe erhalten, wird auf nicht ganz 4 1/2 Millionen geschätzt. Es sollen im Jahr insgesamt 1700 Millionen Franken für diesen Zweck ausgezahlt werden. Abgesehen von der geldlichen Familienhilfe wird noch eine nicht direkt geldliche (Darlehen für Hausratkauf, Beihilfe für Wohnungsbau, Wochenbett-pflege usw.) gewährt, deren Geldwert von der genannten Zentrale auf 10 Millionen Franken im Jahr beziffert wird. Die besondere Pariser Organisation, der die Unternehmer der Metall- und der Elektrischen Industrie und verwandte Gewerbe angehören und die 2165 Betriebe mit 402 000 Leuten umfaßt, hat nach ihren eigenen Angaben im Jahre 1930 an 102 000 Familien und 167 000 Kinder insgesamt 75,1 Millionen Franken ausgezahlt.

Es wird vielleicht ratsam sein, mit ein paar Zahlen darzutun, wie hoch in der Hauptsache die Familienhilfe ist. Diese Beträge muß man in Rechnung stellen, will man zu einer richtigen Bewertung der Bezahlung des französischen Arbeiters kommen. Um die Zahlengeschichte ganz kurz zu halten, sind nur einige Großstädte angeführt. Es wird monatlich an Familienhilfe gezahlt:

Städte	bei Kindern in der Familie				
	1	2	3	4	5
Bordeaux	20	50	90	130	170
Lille	—	45	85	120	180
Lyon	20	60	105	180	250
Marseille	25	60	120	210	300
Paris	30	70	120	200	280
Straßburg	50	100	150	200	250

Es ist wohl unnötig, darauf zu verweisen, daß die Summen für die hohe Kinderzahl nur in sehr wenigen Fällen praktische Bedeutung haben, denn die Familien mit 3 und mehr Kindern sind in Frankreich bei den eingeborenen Arbeitern äußerst dünn gesät. Bei den eingewanderten Leuten dürfte es kaum anders sein. Für das Unternehmertum macht sich natürlich diese Ausgabe wohl bezahlt, denn sie verbürgt ihm einen treuen und willigen Arbeiterstamm. Diese Treue und Willigkeit kam der französischen Industrie besonders bei ihrer raschen und beträchtlichen Ausdehnung trefflich zustatten.

# CLUB ist das Vorbild

für neue und für „modernisierte“ Zigarettenmarken. Diese unfreiwillige Anerkennung aus Fachkreisen bestätigt, dass **CLUB 3½** als überragende Leistung gewertet wird.



## Ein Trauerspiel in der polnischen Schwereisen-Industrie

Der durch die Arbeiterorganisationen angekündigte Großkampf gegen den neuesten Lohnraub in der ostoberschlesischen Kohlen- und Hüttenindustrie ist dank der Uneinigkeit in der Arbeiterfront ins Wasser gefallen. Die Unternehmer sind dadurch zu einem billigen Triumph gekommen. Schon der am 25. Januar ergangene Schiedsspruch für die Hüttenindustrie, der die bestehende Lohnordnung bis zum 31. März verlängert, war insofern ein wirksamer Schlag gegen die Arbeiterfront, als der Schiedsspruch unter Mitwirkung von Arbeitervertretern zustande kam, die zu dieser Mitwirkung gar nicht berechtigt waren. Auf Beschluß der allgemeinen Betriebsrätekonferenz war nämlich allen Verbänden eine Teilnahme an den Schlichtungsverhandlungen untersagt, weil eine Lohnsenkung schon im voraus zwischen Werksbesitzern und Regierung festgelegt war. Zwar haben die Hüttenbesitzer den Schiedsspruch abgelehnt, es ist jedoch zu erwarten, daß sie am 1. März die Lohnordnung wieder kündigen und dann eine erhebliche Lohnminderung durchdrücken. Die Hüttenarbeiter werden dann keinen Widerstand leisten können, weil sie allein zu schwach sind. Da die Zahl der Arbeitstage selten über zehn im Monat hinausgeht, verdienen die Hüttenarbeiter auch selten über 100 Zloty monatlich, was nach unserer Währung etwa 45 M ausmacht. Und mit diesem Jammerlohn soll eine Familie ernährt werden! Demgegenüber erscheint die Absicht der Werksbesitzer, die Löhne um 25 vH zu kürzen, als eine ausgemachte Unverschämtheit. Schon am 20. August 1931 wurden die Löhne um 10 bis 18 vH durch Schiedsspruch gesenkt. Damals erklärten die Werksbesitzer, daß diese Lohnsenkung ihnen die volle Beschäftigung der Arbeiter ermögliche. Das war eine ganz gewöhnliche Finte, denn bald darauf setzten zahlreiche Betriebsbeschränkungen, Feierschichten und Arbeiterentlassungen ein. Wurde doch die Zahl der Hüttenarbeiter von 45 000 im ersten Halbjahr 1931 auf 22 783 im Dezember oder um insgesamt 22 217 herabgesetzt!

Im Bergbau wurden die Löhne durch Schiedsspruch um 8 vH herabgesetzt. Das unsolidarische Verhalten der polnischen Berufsvereinigungen kam den Grubenbesitzern sehr zustatten. Am 31. Januar sollte eine zweite allgemeine Betriebsrätekonferenz zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen. Die Berufsvereinigungen lehnte jedoch eine gemeinsame Konferenz ab und trat von der ganzen Abwehraktion zurück, als sie erfuhr, daß der Bergarbeiterverband eine Entschliefung für den Streik einbringen werde. Sie berief eine eigene Konferenz ein, in der es ihrem Vertreter, Herrn Grajek, mit Hilfe von terroristischen Kunststücken gelang, eine geringe Mehrheit gegen den Streik zu erhalten. Er behauptete sogar, die Sozialisten wollten aus dem Streik einen politischen Streik machen, um die Regierung zu stürzen. Damit war die Abwehrfront unterhöhlt und stürzte zusammen. Die Betriebsrätekonferenz des Bergarbeiterverbandes stellte mit Bedauern diese traurige Tatsache fest und unterstrich nachdrücklich die Forderung, endlich einen entschiedenen Kampf gegen die Lohnräubereien in die Arbeiterschaft zu

tragen. Der Bergarbeiterverband sei bereit, diesen Kampf sofort aufzunehmen, wenn die Kameraden der anderen Richtungen sich mit ihm solidarisch erklären. Dieser letzte Versuch zur energischen Abwehr des amtlich anbefohlenen Lohnraubs, mit dem sich die Grubenbesitzer sofort einverstanden erklärten, mißlang ebenfalls. Die zusammengebrochene Front konnte nicht mehr aufgerichtet werden, vielmehr entstand im ganzen Revier infolge des Verhaltens der Polnischen Berufsvereinigungen ein solcher Wirrwarr, daß niemand weiß, woran er sich zu halten hat. Herr Grajek ließ noch auf der Sonderkonferenz seiner Betriebsräte den Beschluß durchdrücken, den Belegschaften eine geheime Abstimmung für oder gegen die Lohnminderung zu empfehlen. Dies Ansinnen wiesen die Belegschaften mit Entrüstung zurück, denn es werde sich wohl kein Bergarbeiter finden, der für eine weitere Beschneidung seines Hungerlohnes noch abzustimmen gedanke. Trotzdem lügt die Regierungspresse, 15 Gruben hätten sich gegen und 21 für den Schiedsspruch erklärt. Angesichts dieser Entwicklung der Dinge kündigt der Bergarbeiterverband an, daß er in kürzester Zeit einen neuen Kampf organisieren werde, um den Lohnraubgelüsten der Unternehmer endlich mal einen wirksamen Damm entgegenzustellen.

Selbstverständlich beilegte sich der Arbeitsminister, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, und zwar unter Mitwirkung der regierungsgesamt ausgehaltenen Streikbrechervereine, die zwar nur einige Dutzend Anhänger zählen, trotzdem aber durch die Regierung zu amtlichen Verhandlungen hinzugezogen und der Arbeiterschaft als gesetzmäßige Vertreter aufgezwungen werden.

Der bis zum 30. Juni gültige Schiedsspruch enthält auch die Vorschrift, daß die gesamte Lohnminderungssumme dem Ausgleichsfonds zur Finanzierung der Kohlenausfuhr überwiesen werden müsse, andernfalls behalte sich die Schlichtungskommission vor, den Schiedsspruch einer Revision zu unterziehen. Nun, die Grubenbesitzer werden schon wissen, in welche Kanäle sie die den armen-Grubenklaven geraubte Lohnsumme zu leiten haben.

Gegen diese kapitalistische Raubpolitik schreitet die Regierung nicht ein. Sie könnte der armen Bevölkerung wenigstens dadurch helfen, daß sie ihr Kohlen und Lebensmittel zuwendet aus der den Werksbesitzern und Agrariern gestundeten Steuer-summe von insgesamt 1181 Millionen Zloty. Das aber ist kaum zu erwarten von einer Regierung, die systematisch alle demokratischen Einrichtungen aussottet, indem sie die Eisenbahnen militarisiert, die politischen Gefangenen den kriminellen gleichstellt, die Selbstverwaltung aller öffentlichen Körperschaften zertrümmert, die mit Standgerichten arbeitet, die Verteidigung vor Gericht beschneidet, die höheren Schulen dem „Plebs“ versperert und die Steuergrößen selbstherrlich verwirtschaftet, den Kapitalisten aber jeden möglichen Gefallen tut.

Victor Kalinowski.

sollen aus je 100 kg Kaffee 36 cbm Gas produziert werden. — Die Finanzierung der brasilianischen Kaffeeverbrennung im großen ist gesichert. Die Bank von Brasilien hat dem Nationalen Kaffeerat einen Kredit von insgesamt 600 000 Contos zu diesem Zwecke eingeräumt. Davon dienen 400 000 zur Bezahlung der inneren Kaffeevorräte, 100 000 Contos für Aufkauf und Bezahlung der neuen Ernte 1931/32 und 100 000 für Stützungskäufe in Ausfuhrhäfen. — Der brasilianischen Regierung wurde ein Plan unterbreitet, wonach 400 Millionen Kaffeebäume, die durch den Kaffeekäfer mehr oder weniger beschädigt sind, vernichtet werden sollen. Den Pflanzern wird für diesen Schaden Entschädigung gewährt. Da der Gesamtbestand an Kaffeebäumen auf etwa 1¼ Milliarden geschätzt wird, so muß die Vernichtung von 400 Millionen Bäumen zu einem erheblichen Rückgang der Produktion führen. — Die Stätte der Massenvernichtung von Kaffee ist der einige Kilometer von Santos entfernte Ort Alemoa. Der Kaffee wird dorthin in langen Güterzügen, von denen jeder Waggon 450 Sack faßt, transportiert. Er wird dann in einer Länge von 1¼ km rechts und links von der Eisenbahnlinie aufgeschüttet, und zwar in einer Breite von 8 Metern an jeder Seite. Wie die Praxis in Brasilien gezeigt hat, verbrennt Kaffee ohne Hinzutun irgendwelcher Brennstoffe, entwickelt beim Verbrennen verhältnismäßig wenig Qualm und hinterläßt nur wenig Aschenreste. Kein Wort ist notwendig, um die aufreizende Tatsache näher zu kennzeichnen, daß diese Vernichtung eines hervorragenden Genußmittels bei größtem Verbrauchermangel möglich ist.

## Sowjetrußland

### Preissteigerungen in Moskau

Bei den von der Sowjetregierung kürzlich vorgenommenen starken Preissteigerungen für Bedarfsartikel sind nach authentischen Berichten die Preise für Lebensmittel bis zu 100 vH gestiegen, die Preise für Textilwaren sogar bis zu 200 vH. Im Durchschnitt sind Preissteigerungen um 50 bis 60 vH zu verzeichnen, wobei die Preiserhöhungen auch in den sogenannten „geschlossenen Verteilungsstellen“ erfolgt sind, in denen die Arbeiter rationierte Waren beziehen. Auf diese Weise will die Sowjetregierung offenbar einen Teil der 1931 und Anfang dieses Jahres ziffernmäßig zuviel gezahlten Löhne wieder der Staatskasse zuführen.

Gleichzeitig haben die Moskauer Konsumgenossenschaften die Mitgliedsanteile, je nach der Höhe des Einkommens, um bis zu 50 vH erhöht. Denjenigen Mitgliedern, die eine Nachzahlung verweigern, wird der Warenbezug gesperrt. Diese Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs sind Anfang Februar offenbar in der gesamten Sowjetunion durchgeführt worden, denn auch aus Charkow und anderen russischen Städten liegen Berichte über solche Maßnahmen vor.

## 75 Jahre Norddeutscher Lloyd

Am 20. Februar bestand der Norddeutsche Lloyd 75 Jahre. Der Zweck der Gründung im Jahre 1857 war, eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen Bremen und Neujork zu schaffen. Der erste Dampfer nach Neujork, „Bremen“, verließ am 19. Juni 1858 Bremerhaven. Später wurden Schiffsahrtslinien nach allen Teilen der Welt eingerichtet. Das Rückgrat des Geschäfts des Norddeutschen Lloyd bildeten bis zum Kriege die Auswanderer nach Übersee. Auf den Schiffen des Lloyds haben Millionen Europäer ihre alte Heimat verlassen, um sich in überseeischen Ländern anzusiedeln. Vor Ausbruch des Krieges verkehrten die Lloyd auf 40 Linien. Seine Flotte bestand aus 494 Fahrzeugen aller Art mit einem Gesamt-rauminhalt von 982 000 Br.-Reg.-Tons. Etwa 200 Häfen wurden von Lloyd dampfern regelmäßig angelaufen. Der Personalstand betrug 22 000 Köpfe.

Bis auf einen Rest von 57 000 Br.-Reg.-Tons mußte der Lloyd nach Abschluß des Friedensvertrages seine Flotte abliefern. Der Aufbau einer eigenen Flotte wurde im letzten Jahrzehnt wieder kräftig betrieben. Anfang dieses Jahres betrug die Tonnage wieder 959 000 Br.-Reg.-Tons. Die Vorkriegstonnage wurde also wieder ziemlich erreicht. Unter den Schiffen befanden sich die beiden Ozeanriesen „Bremen“ und „Europa“. Beide sind Träger des heiß umstrittenen „Blauen Bandes des Ozeans“. Der erste Dampfer „Bremen“ war gegenüber dem Schwesterschiff gleichen Namens nach 70 Jahren die reinste Nußschale. Mit der anderen deutschen Großschiffahrtsgesellschaft Hamburg-Amerika-Linie wurde vor zwei Jahren eine enge Gemeinschaft geschlossen. Jetzt liegt ein großer Teil der deutschen Schiffe still, weil der Welthandel und der Reiseverkehr auf ein geringes Maß beschränkt werden mußte.

## Organisierte Inflation in USA

In den Vereinigten Staaten wird ein weiterer Versuch unternommen, den schädlichen Wirkungen der Deflation entgegenzuwirken. Diesmal handelt es sich um nicht weniger als um eine Ausweitung des Geldumlaufs, und zwar in dem gewaltigen Ausmaß bis zu 2½ Milliarden Dollar oder rund 10 Milliarden Mark. Die Vorlage des Präsidenten Hoover wurde sofort im Senat und Repräsentantenhaus eingebracht und ist von beiden Häusern mit großer Mehrheit angenommen worden. Damit beschreitet Amerika einen Weg, der bisher in dieser Form und in solchem Umfang in keinem anderen Lande als gangbar erachtet wurde. Dadurch wird aber auch gezeigt, daß die mit der Bildung der Reconstruction Finance Corporation in Aussicht genommene Auflockerung der festgeschriebenen Kredite nicht ausgereicht hat.

Die amerikanischen Noten sind jetzt zu 67 vH durch Gold gedeckt. Diese außerordentlich hohe Deckung wird durch eine 40prozentige Ersetzung. Eine solche Herabsetzung der Golddeckung ermöglicht eine zusätzliche Ausgabe von Banknoten, die in den Verkehr geleitet werden sollen. Die voraussichtlich eintretende Steigerung der Preise soll der Wirtschaft eine feste Stütze für einen erneuten Aufstieg geben. Weiter verbindet man damit die Hoffnung, daß die Furcht vor Preissteigerungen die in großem Umfange gehandelten Noten wieder hervorlocken und somit die Deflation von den verschiedensten Seiten her gleichzeitig bekämpft wird.

Wir haben es also hier mit einem großartigen Versuch zu tun, der Deflation entgegenzutreten und neues Vertrauen und neuen Aufstieg an die Stelle der Verzweiflung und der Einschränkung zu setzen. Die Annahme des Gesetzeswurfes hat eine Senkung des Dollars an den Weltbörsen zur Folge gehabt. Keineswegs denkt man in den Vereinigten Staaten daran, den Geldwert ins Uferlose absinken zu lassen. Im Gegenteil verfolgt man eine wohlüberlegte, organisierte Inflation, deren Ausmaß von vornherein begrenzt ist.

Der schwedische Volkswirtschaftler Professor Cassel nimmt zu diesen Dingen im Berliner Börsen-Courier (Nr. 76) Stellung. Er sagt u. a.:

„Der Eifer, den man in Amerika an den Tag legt, um zu zeigen, daß die neuesten Finanzoperationen keine inflationistische Bedeutung haben, ist wohl gerade als eines der üblichen Zeichen einer kommenden Inflation anzusehen. Es wäre vielleicht bedenklich, dies öffentlich zu sagen, wenn die „Inflation“ für Amerika eine Gefahr darstellte. Da aber dies absolut nicht der Fall ist, sondern im Gegenteil die einzige Rettung des Landes in einer reichlicheren Zahlungsmittelversorgung und einem gesteigerten Preisniveau liegt, ist es wichtig, daß man über die nächsten Zukunftsaussichten absolut offen spricht. Eine „Inflation“, die man bewußt macht,

kann beherrscht und innerhalb angemessener Grenzen gehalten werden. Eine Inflation aber, zu der man getrieben wird, und die man nicht öffentlich anerkennen will, kann sich leicht jeder Kontrolle entziehen und ein bedenkliches Maß annehmen.“

Cassel bezeichnet weiter eine allgemeine Preissteigerung in den Goldländern als das einzige Mittel, um die Produktion und den Warenanstich wieder zu beleben. Eine solche Preissteigerung würde auch die unsinnige Zollwucherer der Gegenwart im wesentlichen Maße bremsen. Wir werden in den nächsten Tagen feststellen können, wie sich der Versuch, von der Geldseite her die Wirtschaft anzukurbeln, in einem großen Lande praktisch anlassen wird. Es wird sich dann die Möglichkeit ergeben, bestimmte Schlussfolgerungen für die deutsche Wirtschaft daraus zu ziehen.

## 100 kg Kaffee = 36 cbm Gas

Aus neuesten Meldungen über den Kampf der Regierung Brasiliens gegen den Kaffeelieferungsstellen stellen wir folgendes zusammen: Die Stadtverwaltung Santos hat beschlossen, 1 Million Sack Kaffee als Brennmaterial in den städtischen Gaswerken zu verheizen. — Der brasilianischen Regierung ist abermals ein Verfahren für Umwandlung von Kaffee in Gas vorgelegt worden. Nach dem Verfahren

## SCHRIFTENSCHAU

Die württembergischen Eisengießereien. Ihre Entwicklung und wirtschaftliche Lage bis zur Gegenwart. Heft 14 der Tübinger wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlungen. Von Walter Zaiser. Preis 5 M. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Stanztechnik. I Teil Schnitt-Technik und Technologie des Schneidens. Überblick über Werkzeuge und Maschinen. Von Dipl.-Ing. Erich Krabbe. Mit 129 Abbildungen im Text. Heft 44 der Werkstattbücher für Betriebsleute, Vor- und Facharbeiter. Preis 2 M. Verlag Julius Springer, Berlin W 9.

Sozialer Ratgeber. Von August Karsten. M. d. R. Der Sozialer Ratgeber ist ein wirksames Werkzeug für alle Funktionäre. Es gibt Auskunft über Mitgliedschaft, Beiträge, Ansprüche und Verfahren auf dem gesamten Gebiet der sozialen Versicherung, Versorgung und Fürsorge. Preis 2 M. Verlag Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Berlin-Schönberg.

Wir liefern an jedermann  
**Tuche**  
ab  
Fabrik  
Verlag: Sie selbst! Muster  
Lohmann & Anzney  
Altes Tuchversteck  
an eigener Fabrikation  
Spremsberg (Lansitz) 11

Ansbest. Ueberseeabak  
9 cm gr. 100 St. mit M. 5.  
Zigarettenabak. M. 1.20 p.  
Pkt. an geg. Nachn. Gr.  
Peril. gr. Zigarettenfab.  
Gabr. Wetzlar, Mainz 8

**Kollegen!**  
Lest die  
**Betriebsräte-**  
**Zeitschrift**

**Elektroniker und Radiofernschule**  
nach: Buchb. d. Kalkül, Rechnen und Mathematik  
Prospekt 8 frei, Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstr. 5 d

**Vorleser- u. Hörer! Ihr ganz billige**  
lesen wir verlesen Prospekt gratis von  
Hans-Bros, Berlin SW 75/207, Lössner Str. 8

**Die Prüfung bestanden!**

Auch Sie können die Prüfung, ohne Ihren Beruf zu unterbrechen, durch die Selbstunterrichtsbriefe des Systems Karnack bestehen. Wir bereiten Sie vor in allen Berufen der Technik und Industrie. Ferner Nachholung verweigerter Schulprüfungen (Obersekundareife, Abiturium) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Ebenso kaufmännische, fremdsprachliche und musikalische Ausbildung. Besondere Monatszahlungen. Prospekt kostenlos. Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam-Td. 23